

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Claudia Köhler

Abg. Johann Häusler

Abg. Josef Zellmeier

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Markus Plenk

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Harald Güller

Abg. Hans Herold

Abg. Tim Pargent

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Ernst Weidenbusch

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes  
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021) (Drs. 18/11599)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das  
Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021) (Drs. 18/11600)**

- Erste Lesung -

Dazu erteile ich Herrn Staatsminister Albert Füracker das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Ich darf heute den Haushalt für das Jahr 2021 einbringen und hier vorstellen. Ich beginne mit einem Wort, das mich in diesem Jahr und auch jetzt bei der Haushaltsdebatte am meisten und intensivsten begleitet hat, mit dem Wort, das jenes bezeichnet, nach dem sich offensichtlich alle zurzeit am meisten sehnen: Das Wort lautet "Planungssicherheit". Ich kann das gut verstehen; denn ich hätte auch gerne Planungssicherheit. Um Planungssicherheit bestmöglich sicherzustellen, haben wir uns in der Staatsregierung sehr angestrengt, wir haben uns im Finanzministerium sehr angestrengt, um Ihnen bestmögliche Planungssicherheit bieten zu können.

Die Planungssicherheit bezieht sich auf den 9. Dezember des Jahres 2020. Der Haushalt dafür sieht 70,2 Milliarden Euro für das Jahr 2021 vor. Wir legen diesen Haushaltsentwurf nach bestem Wissen und Gewissen vor, auch wenn ich schon jetzt weiß, dass es kein Problem ist zu sagen: Finanzminister, da hätte es sicher noch ein paar Milliarden Euro mehr zur Krisenbewältigung gebraucht. Auch ist es kein Problem zu

sagen: Dort hast du bestimmt zu viel eingeplant. – Meine Damen und Herren, das ist wahr, das ist nicht schwierig; denn das, was ich ansprach, Planungssicherheit, hat in diesen Zeiten niemand.

Eines irritiert mich aber bei der Debatte um den Haushalt und um das Geld: Alle sprechen von der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg – egal, wem ich zuhöre. Kaum hat man die Rede und das Gespräch über die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg beendet, höre ich: Folgendes bräuchten wir aber noch. Wir tun dann manchmal so, als wäre alles ganz normal und wir könnten so weitermachen wie zuvor, als müssten wir uns nicht darauf konzentrieren, dass zur Krisenbewältigung viel mehr erforderlich ist, als wir es uns jemals in dieser Dynamik hätten vorstellen können.

Deswegen lautet mein Appell, das, was wir tun, auch im Jahr 2021 als Krisenbewältigungsmaßnahme und nicht als Überlegung, wo man noch mehr tun könnte, zu verstehen. Mehr tun kann man immer. Das ist kein Problem. Aber es gibt eben einen Unterschied zwischen Kaufen bzw. Anschaffen und Bezahlen. Beim Haushalt müssen wir uns jetzt darauf konzentrieren, wie wir das alles bezahlen können, was zur Krisenbewältigung notwendig ist – notwendig im Sinne des Wortes, meine Damen und Herren, nicht wünschenswert, sondern die Not wendend. So haben wir den Haushalt aufgestellt.

Natürlich war das Jahr 2020 von der Pandemie geprägt. Wenn Steuerausfälle und Hilfsmaßnahmen zusammentreffen, wird es sehr kompliziert. Hier brauchen wir uns nichts vorzumachen. Ich möchte nur erwähnen, dass wir alleine für das Jahr 2020 in Bayern im Bereich der steuerlichen Erleichterungen mittlerweile 8 Milliarden Euro an Liquidität in den bayerischen Unternehmen belassen haben, weil wir Steuervorauszahlungen herabsetzen konnten, Umsatzsteuersondervorauszahlungen rückerstattet haben und Stundungsmaßnahmen vorgenommen haben, die inzwischen auch verlängert wurden, sodass unsere Unternehmen davon auch im Jahr 2021 Gebrauch machen können.

Deswegen ist es sehr einfach erklärbar, warum die Steuerausfälle in der Höhe anfallen, wie es der Fall ist. Trotzdem helfen wir. Wir helfen mit 6.800 LfA-Darlehen, Bürgschaften, dem Rettungsschirm der LfA, dem BayernFonds und mit Soforthilfen. Ich danke auch dem Bund für die Mithilfe, unsere Wirtschaft zu stabilisieren. Aber eines, meine Damen und Herren, müssen wir uns in Bayern nicht schlechtreden lassen: Wir haben mit unseren Hilfsmaßnahmen und mit unserer Unterstützung, insbesondere für die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft, Zeichen und Maßstäbe gesetzt. Wenn man jetzt auf Bundesebene sagt, man bräuchte noch mehr Unterstützung durch die Länder, bitte ich darum, zur Kenntnis zu nehmen, was wir schon alles tun; denn wir helfen in einer Dynamik und einer Weise, dass niemand behaupten kann, Bayern müsste noch mehr helfen, als wir es ohnehin schon tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses einzigartige Angebot an die Menschen wollen wir auch im Jahr 2021 fortsetzen. Wir wollen möglichst viel Krise von den Menschen fernhalten. Das ist unser Ziel. Warum war das überhaupt möglich? – Dies war möglich, weil wir in den letzten Jahren äußerst solide gewirtschaftet haben. Lieber Ministerpräsident, wir haben auch in deiner Amtszeit im Finanzministerium 5,6 Milliarden Euro alte Schulden abgebaut – das hat sonst niemand getan – und Rücklagen in einer Art und Weise aufgebaut, worum uns alle anderen Länder beneiden. Dies hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir überhaupt helfen können. Im Übrigen: In Krisenzeiten wird unser Haushalt in Bayern mit "AAA" mit stabilem Ausblick bewertet. Von 16 Bundesländern hat diese Bewertung genau ein Land erhalten, nämlich Bayern. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen aber dafür sorgen, dass es auch stabil bleibt. Wir haben eines getan: Wir haben im Jahr 2020 wie alle anderen Länder auf der ganzen Welt zur Krisenbewältigung darum gebeten, diese Herausforderung mit neuen Kreditaufnahmen bestreiten

zu können. Mit den 20 Milliarden Euro an Kreditermächtigung, die uns vom Landtag genehmigt wurde, sind wir bis zum heutigen Tag äußerst verantwortungsbewusst umgegangen. Die Staatsregierung hat nach der Genehmigung der Kreditaufnahme nicht überlegt, wie wir uns jetzt sofort 20 Milliarden Euro bei der Bank besorgen und das Geld unter die Menschen bringen können. – Nein, wir haben das getan, was notwendig im Sinne des Wortes war und ist. Deswegen haben wir bis heute nicht 20 Milliarden Euro Kredite aufgenommen, sondern nur rund 7 Milliarden Euro. Natürlich brauchen wir bis zum Ende des Jahres noch mehr davon. Die Kreditermächtigung über 20 Milliarden Euro war klug; denn sie schafft die Grundlage dafür, dass wir auch das Jahr 2021 überstehen. Das ist, glaube ich, eine Botschaft in schwierigen finanzpolitischen Zeiten, die uns eine gewisse Stabilität bestätigt. 20 Milliarden Euro, von denen wir zunächst dachten, wir benötigten sie für 2020, könnten jetzt für zwei Jahre reichen. Wir sollten uns nun alle miteinander entsprechend gut verhalten, damit wir diesen Betrag im Laufe des Jahres möglichst nicht überschreiten.

Wir werden im Jahr 2021 weiterhin Krisenbewältigung betreiben. Dies ist schwierig. Meine Damen und Herren, wir haben uns bei Haushaltsverhandlungen zehn Jahre lang ständig überlegt, wie wir den Zuwachs an Steuereinnahmen und das zusätzliche Geld verteilen, das zur Verfügung steht. Sie erinnern sich: Das war stets gar nicht so einfach. Damals gab es auch schon große Kämpfe um das "Mehr-Geld", das vorhanden war. Wir sind jetzt erstmals in einer Situation, in der es kein "Mehr" zu verteilen gibt, meine Damen und Herren. Deswegen müssen wir einen Vernunfthaushalt beschließen. Es hat doch keinen Sinn, die Augen vor der Krise zu verschließen und so zu tun, als könnten wir einfach so weitermachen. Stattdessen müssen wir uns auf die Dinge konzentrieren, die uns durch die Krise führen und in der Investition helfen, wieder schneller aus der Krise zu kommen. Das ist der Plan, den wir vorlegen.

Im Jahr 2021 werden uns 3,7 Milliarden Euro Steuereinnahmen fehlen. Das hat jedenfalls die November-Steuerschätzung ergeben. Wir haben bewusst die November-Steuerschätzung abgewartet, meine Damen und Herren. Es ist schon verschiedentlich be-

mängelt worden, warum das nicht alles schneller geht. Ich hätte den Haushalt auch schon eine Woche vorher vorlegen können, aber ich bin mir sehr sicher, dass dann viele im Hause gesagt hätten: Herr Minister, seriöser wäre es gewesen, Sie hätten die Steuerschätzung abgewartet. Deswegen haben wir sie eben abgewartet, und deswegen hat es halt auch eine Woche länger gedauert. Aber dadurch habe ich schon wieder etwas mehr Planungssicherheit, als ich sonst gehabt hätte. All das, was wir tun, fußt ja nicht auf irgendwelchen Ideen des Finanzministers, sondern auf der Steuerschätzung unabhängiger Experten. Die haben gesagt, wie es im nächsten Jahr wahrscheinlich aussieht. Auf der Basis legen wir diesen Haushalt vor.

Wir haben diese bestmögliche Planung so veranschlagt, dass uns im Jahr 2021 aus unserem Haushaltstitel 13 19 auch noch Geld zur Verfügung steht, um all den Hilfen gerecht zu werden, die wir schon 2020 beschlossen haben, die aber noch im Jahr 2021 wirken. Das ist klar. Das betrifft unsere Teststrategie, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Schnelltests, Verdienstauffälle. Diese Dinge müssen weiter finanziert werden. Sie sind Bestandteil dieser 20 Milliarden Euro. Wir können auch noch einen Vorsorgeansatz von 1,5 Milliarden Euro in den Haushalt einstellen. Das ist Geld, das noch in keiner Weise verplant ist und uns hoffentlich auch weit über das Jahr 2021 führen kann.

Meine Damen und Herren, das Ganze kann nur dann verändert werden, wenn der Haushaltsausschuss des Landtages, wenn der Landtag das genehmigt. Das war der große Auftrag an uns. Der Haushaltsausschuss, der Landtag, hat uns verschiedentlich gesagt, dass wir das Ganze im Jahr 2021 unter den Vorbehalt des Haushaltsausschusses, unter Zustimmungsverpflichtung stellen sollen. Das haben wir getan. Damit haben wir auch kein Problem, weil wir nichts zu verbergen haben.

Als ich die letzten Male die Debatten zur Regierungserklärung verfolgt habe, kam die Frage: Was hätten Sie denn anders gemacht als die Staatsregierung? – Es war dann nicht so, dass die Auffassungen völlig unterschiedlich, ja diametral waren, sondern ganz im Gegenteil: Hier im Landtag wurde im Regelfall das, was wir im Kabinett be-

schlossen haben, weitgehend bestätigt. Deswegen wird es auch in Zukunft völlige Transparenz geben. Die Maßnahmen, die beschlossen werden, werden dem Haushaltsausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

Meine Damen und Herren, ich bin jedenfalls sehr froh, dass wir mit dieser Kreditermächtigung zwei Jahre zurechtkommen werden. Es ist tatsächlich so, dass wir uns darüber hinaus natürlich nicht nur einfach Krediten bedienen, sondern wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie die Gegenfinanzierung der gewünschten Ausgaben erfolgen kann. Tatsächlich ist das auch die Frage, die mir immer wieder gestellt wird: Seid ihr auch selbst bereit, euch zu beschränken? Wo spart ihr denn?

Meine Damen und Herren, was ist Sparen in diesen Zeiten? – Manche verstehen unter Sparen, dass ohnehin nicht vorhandenes Geld nicht ausgegeben wird. Das ist noch kein Sparen. Sparen bedeutet, dass man etwas wegnimmt. Sparen bedeutet, dass man sich auf das Notwendige beschränkt. Die Ressorts haben ein klares Signal gesetzt und 500 Millionen Euro in den Ressorthaushalten zur Verfügung gestellt, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Wenn jemand mehr möchte, soll er es hier sagen. Er kann dann gleichzeitig auch sagen, worauf er in diesem Haushalt verzichten würde. Ich bin für Vorschläge sehr offen. Ich bin der Kreativität zugewandt. Bitte sagen Sie uns direkt und sofort, wo Sie einsparen möchten. Das gilt im Übrigen natürlich auch für jegliche Wünsche nach besonderen zusätzlichen Ausgaben.

Die Kreditermächtigung für zwei Jahre ist letztendlich eine Fortschreibung der bestehenden Kreditermächtigung, keine neue. Wir haben auch die Rücklagen nicht geschont. 25 % der Haushaltsrücklage, die am Ende des Jahres zu erwarten sein wird, nämlich 2,1 Milliarden Euro, stellen wir in diesen Haushalt. So ist es möglich, Krisenbewältigung zu betreiben, kein ausuferndes Schuldenregime aufzubauen und auch noch Einsparungen vorzulegen. Man kann jetzt schon sagen, dass es 500 Millionen Euro sind.

Mir haben gelegentlich Menschen gesagt – Landtagsabgeordnete und sonstige Beobachter –, dass wir doch bei irgendeiner Sozialleistung sparen sollten. Meine Damen und Herren, man kann das schon machen und in größten Krisenzeiten 500 Millionen Euro bei einer Sozialleistung sparen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich das richtige Krisenbewältigungskonzept ist, den Menschen erst etwas zu geben, um es ihnen dann sofort wieder wegzunehmen. So sparen wir weit mehr ein, als manche Sozialleistung überhaupt darstellt, nämlich diese 500 Millionen Euro. Ich glaube, das ist wirklich eine klare Ansage zur Solidität dieses Haushaltes.

Zur Krisenbewältigung machen wir noch etwas, was ganz entscheidend ist. Wir investieren gegen diese Krise an. Wir sparen nicht gegen diese Krise an, wir investieren gegen sie an, in allen Bereichen unseres Haushaltes: in der Digitalisierung, in der Infrastruktur, bei den Kommunen, in den Bereichen Hightech und Bildung.

Wir setzen Schwerpunkte. Zum Glück hatten wir zum Beispiel die Hightech Agenda schon konzipiert, die wir jetzt beschleunigt umsetzen, auch als Maßnahme zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Diese beschleunigte Umsetzung kostet natürlich mehr Geld. Deswegen ist es auch möglich, diese Investition als Krisenbewältigung abzubilden.

Der Bereich Gesundheit umfasste bisher 1,5 Milliarden Euro im Haushalt. Jetzt sind es 5,7 Milliarden. Das erfordert die Pandemie. Dafür gibt es mehr Stellen. Den Bedarf der Gesundheitsämter – ich habe bei all den Debatten darüber, was notwendig ist, zugehört – bilden wir in diesem Haushalt ab. Trotzdem laufen Programme wie die Landarztprämie und dergleichen weiter.

Zum Familienland Bayern – ich möchte das alles nur in wenigen Worten ansprechen –: Die 770 Millionen Euro Familiengeld sind unverändert vorgesehen. Die Gesamtförderung für Kinder in Kindertagesstätten beträgt mittlerweile 2,85 Milliarden Euro pro Jahr im Haushalt des Freistaates Bayern, meine Damen und Herren.

Ich höre immer, wie wir über Aufgaben diskutieren, und ich darf oft auch mit den Kommunen – dazu komme ich noch – Debatten führen, wer wofür zuständig ist. Der Freistaat Bayern ist nicht für die Kinderbetreuung zuständig. Trotzdem geben wir dafür 2,85 Milliarden Euro aus. Vor sechs oder sieben Jahren – legen Sie mich nicht genau auf das Jahr fest – waren es noch 700 Millionen Euro pro Jahr. Trotzdem fördern wir weiter den Ausbau neuer Plätze.

Wir stärken die Polizei mit 500 Stellen.

Wir stärken die Schulen, Prof. Piazzolo. Um das alles vorzutragen, was an den Schulen zusätzlich gemacht werden kann, bräuchte ich hier eine eigene Rede. Eine ganze Stunde könnte ich vortragen, was es in den Schulen alles an Verbesserungen geben wird: 1.250 neue Lehrer, 100 Stellen für das Programm "Schule öffnet sich", 175 Verwaltungsangestellte, 68 Millionen Euro für digitale Bildung, Förderung für Raumlüfter usw. Provozieren Sie mich bitte nicht, sonst überziehe ich meine Redezeit um eine Stunde, nur um zu erklären, was wir im Bereich Bildung zusätzlich machen. Glückwunsch, Herr Professor! Da haben Sie gut verhandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt 1.800 neue Stellen für die Hightech Agenda, nicht zum Spaß, sondern für den Gewinn in der Zukunft des Landes. – All das legen wir im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft vor. Das ist wirklich eine Konjunkturspritze.

Meine Damen und Herren, wir vernachlässigen deswegen nicht die herkömmlichen Themen, die Schwerpunktthemen der letzten Jahre: Landwirtschaft, Artenschutz und Klima. Gerade der Artenschutz in der Landwirtschaft: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es jemals einen Finanzminister gab, der aufgrund seiner Herkunft, schon von sich aus angelegt, mehr Verständnis für die Landwirte hätte haben können als der aktuelle, nicht einmal mein Vorgänger.

(Zuruf)

Mein Vorgänger hatte viel Verständnis, aber nicht aufgrund seiner Herkunft. Das ist der kleine Unterschied.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, deswegen glaube ich, dass wir uns hier von niemandem belehren lassen müssen.

Wir haben im Bereich der Digitalisierung selbstverständlich die Mittel für den Breitbandausbau. Gigabit-Strategie, digitales Rathaus – das ist alles weiter dabei. Es gibt nicht nur digitale Investitionen, sondern auch analoge Investitionen, in Staatsstraßen und in den öffentlichen Personennahverkehr, in den wir investieren wie nie zuvor. Die Städtebauförderung hat den höchsten Bewilligungsrahmen mit 379 Millionen Euro. In den Wohnungsbau investieren wir mehr als im vorigen Jahr. In der Wirtschaft verdoppeln wir das RÖFE-Programm. In den Tourismus investieren 83 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wann gab es das schon einmal? In Krisenzeiten! Wir sind nicht hergegangen und nehmen den Menschen Geld und Investitionen weg, sondern wir unterstützen die Menschen weiter. Ich möchte Ihnen noch sagen, dass das auch für das Ehrenamt gilt: Den Breitensport unterstützen wir mit 78 Millionen Euro. – Das sind alles Dinge, die in diesen Zeiten nicht selbstverständlich sind, die wir aber trotzdem machen.

Ich sage ganz offen, dass das auch für ein Thema gilt, das mir auch in meiner Zuständigkeit besonders am Herzen liegt: Das sind die Kommunen. Für die Kommunen gilt Ähnliches wie bei Prof. Piazzolo. Wenn ich über die Wohltaten und die Unterstützung für die Kommunen frei reden dürfte und alles sagen müsste, was wir für sie tun, bräuchte ich einen ganzen Tag für die Regierungserklärung. Der Haushalt ist die Regierungserklärung des Finanzministers. Deswegen weiß ich, dass ich morgen nicht wieder eine Regierungserklärung zum Wohle der Kommunen in Bayern machen darf. Aber das, was da drinsteht, ist schon so viel, dass die Lobgesänge der Kommunen im Jahr 2021 eigentlich gar nicht mehr abreißen dürften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben trotz der Krise den kommunalen Finanzausgleich stabil gehalten. Wir haben als Freistaat Bayern Schulden gemacht, um den Kommunen in 2020 Geld zu geben. Bei 10 % weniger Steuereinnahmen haben wir trotzdem den Finanzausgleich stabil gehalten: über zehn Milliarden. Wir haben zwei Milliarden Euro Schulden gemacht, um das kofinanzieren, was vom Bund als Konjunkturpaket zur Bewältigung der Krise bei den Kommunen vorgesehen war. Wir zahlen den bayerischen Kommunen nächste Woche 2,4 Milliarden Euro für Gewerbesteuer ausfälle, obwohl es wahrscheinlich – wir sind mit dem Rechnen noch nicht ganz fertig – gar nicht 2,4 Milliarden Gewerbesteuer ausfälle gab. Wir haben den Kommunen zugesagt, dass wir das, was von dem Geld übrig bleibt, das zusätzlich vorgesehen ist – vom Bund werden 1,1 Milliarden Euro getragen, vom Freistaat 1,3 Milliarden –, auch noch ausreichen, als Nachschlag auf die Schlüsselzuweisung 2020.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man weiß, dass wir 2020 drei Milliarden Euro kommunale Finanzausgleichszahlungen vorgezogen haben, dann muss jeder, der ehrlich ist, sagen: Im Jahr 2020 gab es für die bayerischen Kommunen kein finanzielles Problem. Für 2021 sagt die Steuerschätzung – nicht ich – für die Kommunen voraus, dass in etwa das Gewerbesteuerniveau des Jahres 2019 wieder erreicht wird. Deshalb, glaube ich, können wir den Kommunen erhobenen Hauptes gegenüber treten. Daher bin ich ehrlicherweise auch erstaunt, dass aufseiten der Kommunen – egal, ob zu diesem Thema oder zu anderen Themen – mit Worten gefuhrwerkelt und uns vorgeworfen wird, was wir den Kommunen alles erklären würden. Ich erkläre den Kommunen die Partnerschaft.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag erklären seit Jahren, dass die Kommunen in dieser Partnerschaft den Freistaat Bayern gut unterstützen. Deshalb geben wir unglaublich viel Geld, und wir geben auch im Jahr 2021 wieder so viel Geld in den kommunalen Finanzausgleich wie niemals zuvor – trotz Krise und

trotz der Tatsache, dass wir Schulden machen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was sollen wir denn eigentlich noch tun?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich erwähne nur nebenbei, dass der Bund offensichtlich nicht der Meinung ist, man sollte den Kommunen 2021 zur Krisenbewältigung zusätzlich Geld zukommen lassen. Jedenfalls haben wir dies oft angemahnt und eingefordert. Die Nachrichten, die ich bisher dazu bekommen habe, waren jedenfalls nicht so. Aber eines ist auch klar: dass ich das Geld des Bundes, das 2020 kam, 2021 nicht durch bayerische Gelder ersetzen kann. Das erwartet auch niemand. Diese Forderung habe ich nicht einmal aus den Bereichen der kommunalen Spitzenverbände gehört. Wir sind in einem sehr guten Kontakt mit den Kommunen, und ich glaube nicht, dass uns als Staatsregierung heute jemand vorwerfen kann, wir würden die Kommunen in irgendeinem Bereich nicht intensiv genug unterstützen. Bei all den Debatten um Zuständigkeiten frage ich auch einmal: Wo kann man mit 100 % Förderung noch jemanden auffordern, irgendetwas zu tun, wofür er zuständig ist? Man darf zum Beispiel als Sachaufwandsträger von Schulen auch selbst etwas kaufen, sogar wenn es keinen Zuschuss gibt. Das ist nicht verboten. Das Haushaltsrecht schreibt nicht vor, bei Dingen, die in eigener Zuständigkeit erledigt werden müssen, nur dann tätig werden zu können, wenn man 100 % Zuschuss bekommt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb bitte ich bei allem Eifer und allen Forderungen, die es noch geben kann, auch hier Maß zu halten, meine Damen und Herren. Ich erinnere daran: die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, trotzdem höchste Staatsausgaben, höchste Zuweisungen an die Kommunen. In dieser Situation darüber zu diskutieren, wo wir noch draufsatteln müssten, insbesondere in der Regel bei den eigenen Zuständigkeiten der Kommunen, ist nicht angebracht. Ich denke, darin sollten wir uns einig sein.

Worauf kommt es nun an? – Die Krise zu bewältigen und Wachstum zu erzeugen, darauf kommt es an. Schulden sind natürlich keine Daueroption, deshalb müssen wir über alle Optionen sprechen. Ich sprach es an: Können wir in der Krise kürzen? – Ja, schlagen Sie vor! Jeder, der heute hier spricht, soll bitte einen substantziellen Vorschlag machen, wo er denn die Milliarden einsparen würde, wenn er Finanzminister wäre. Wir haben uns dazu entschieden: Wir unterstützen die Menschen in vielerlei Hinsicht und nehmen ihnen nicht auf der anderen Seite im Jahr 2021 Geld weg. Deshalb: ein sensibles Konsolidierungskonzept. Die halbe Milliarde – ich sprach es an – ist jedenfalls ein signifikanter Beitrag der Ressorts zur Einsparung.

Wir haben eine Rücklage. Ich darf Ende 2020 rund acht Milliarden Euro Rücklagen verwalten; das ist bekannt, daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Das kam nicht von ungefähr, sondern daher, dass wir seit Jahren solide wirtschaften und eben nicht immer das Geld, das wir eingenommen haben, sofort ausgegeben haben.

Wir schonen aber auch die Rücklage nicht. Bevor wir Schulden machen, nehmen wir 25 % aus der Rücklage. Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die, wie ich glaube, auch in der Öffentlichkeit auf Verständnis stoßen, und all jene, die uns beobachten – als Beobachter in der Bevölkerung oder als professionelle Beobachter, die alles bewerten, was wir tun –, können hieran, glaube ich, wirklich nichts auszusetzen haben.

Eine Alternative gäbe es noch, die ich dauernd in Berlin höre. Ich höre sie vom Kanzlerkandidaten der SPD: Steuererhöhungen. Es gibt jeden Tag irgendeine Idee, wo man Steuern erhöhen könnte. Ich sage Ihnen ganz offen: Jetzt, in der Krise, die Steuern zu erhöhen – egal für wen – ist etwas, was wir strikt ablehnen. Das wäre jedenfalls das Falscheste, was man überhaupt machen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lassen wir das Geld bei den Menschen. Die Menschen sollen investieren und konsumieren und die Unternehmen ebenfalls. Ich bitte aber auch, dies zu tun. Der Konsum, die Investitionen – das ist es, was uns im nächsten Jahr hoffentlich bald wie-

der zu den Höhen bringt, die wir vorher bei den Steuereinnahmen hatten. Das wäre für uns ganz entscheidend.

Zur unvermeidlichen Kreditaufnahme, noch einmal in aller Sachlichkeit nebeneinandergestellt: Die Schuldenbremse erlaubt uns, in besonderen Krisenlagen ausnahmsweise Kredite aufzunehmen. Wie ganz Deutschland und alle anderen Bundesländer haben wir dies auch getan. Wir sind dabei in bester Gesellschaft. Es gibt zwei Richtungen: die einen, die mir sagen, am besten nie mehr Schuldenbremse, und die anderen, die sagen, sofort Schuldenbremse wieder einhalten. Ich kann nur sagen: Wir hatten in Bayern vor der Krise 27 Milliarden Euro Schulden und haben jetzt bekanntermaßen 20 Milliarden Kreditermächtigung, die noch nicht ausgeschöpft ist, die wir aber voraussichtlich in diesen zwei Jahren brauchen werden. 27 plus 20 ist 47. Nordrhein-Westfalen – ich habe die Gesamtstatistik noch einmal anschauen lassen – macht 25 Milliarden Euro neue Schulden, und in den Statistiken, die für Länder und Kommunen veröffentlicht werden, stehen am Ende 246 Milliarden Euro Schulden.

Ich muss ehrlicherweise sagen: Es ist nicht mein Ziel, dies möglichst rasch einzuhalten. Aber umgekehrt muss ich der bayerischen Bevölkerung sagen – nicht, weil mich das sehr tröstet, aber weil ich mich selbst auch reflektieren muss, ob ich verantworten kann, was ich hier tue –: Ja, 47 Milliarden Euro Schulden für den Triple-A-gerateten Freistaat Bayern kann ich eher verantworten als 240 Milliarden in einem anderen Bundesland, das zwar ein wenig größer ist, aber auch nicht um so sehr viel größer. Deshalb bin ich bereit, auch wenn es schmerzlich ist, diesen Vorschlag zu machen: Schulden nur für das, was unvermeidbar ist.

Im Jahr 2020, haben wir kalkuliert, werden rund 9 Milliarden Euro notwendig sein, für 2021 stehen dann noch rund 11 Milliarden Euro zur Verfügung – 10,7 rein rechnerisch, wie es kalkuliert ist –, Steuereinnahmen: 3,2 Milliarden, und den Sonderfonds Corona werden wir in die HTA 2021 vorziehen, sodass wir eigentlich mit diesen 20 Milliarden Euro auskommen müssten. Ich sage: eigentlich; denn natürlich ist die Entwicklung dynamisch, und niemand weiß, was im Januar, Februar, März, April, Mai sein wird,

auch nicht der Finanzminister. Ich habe keine Glaskugel. Ich bin nicht schlauer als der Rest der Welt, das habe ich nie für mich in Anspruch genommen. So kann es sein, dass wir uns bei all den Maßnahmen, die noch erforderlich sein werden, im Januar oder Februar darüber unterhalten müssen, dass zusätzlich deutlich höhere Ausgaben gegenfinanziert werden müssen.

Aber wir haben die Grundlagen gelegt, wie dies dann funktioniert. Es funktioniert so, dass das Kabinett darüber berät und der Haushaltsausschuss sagen kann, ob er das will. In Zukunft braucht sich also nicht mehr das Kabinett den Kopf darüber zu zerbrechen, wen wir unterstützen müssen, damit wir gut durch die Krise kommen – wir werden es trotzdem tun –, sondern dann macht das der Haushaltsausschuss. Er wird genau abwägen, welche Hilfen noch erforderlich sind und welche nicht und ob dafür weitere Kreditaufnahmen oder Rücklagenentnahmen – was auch immer – erforderlich sind. Ihr werdet merken: Es ist nicht wesentlich einfacher, es endlich entscheiden zu müssen, als nur darüber zu beraten. Aber ich freue mich darauf und mache auch hier in völliger Transparenz das, was erwartet wird: Wir legen die Zahlen vor, und dann muss entschieden werden. Ich sage dies nur, damit es nicht in einem halben Jahr heißt: Ja, Füracker hat gesagt, mit 20 Milliarden kommen wir durch die Krise.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Der Meinung bin ich – in aller Freundschaft, Herr Ministerpräsident. Wir können, wenn wir uns als Landtag gut verhalten und die Dinge vernünftig abwägen, mit den 20 Milliarden Euro zurechtkommen. Wenn dies nicht gelingt, dann muss es dieser Landtag eben beschließen – so einfach ist das –, deshalb auch hier die Debatte um die Parlamentsbeteiligung. Mehr Parlamentsbeteiligung geht nicht, mehr Transparenz auch nicht. Daher, meine Damen und Herren, ist dieser Haushalt auch ein Angebot an alle Fraktionen, die guten Willens sind. Die Regierungsfaktionen laden die Opposition zu diesen Beratungen ein, um miteinander einen Weg zu finden, das zu unterstützen, was wir hier vorlegen. Wir halten die Kreditermächtigung und das Zustimmungserfordernis des Landtages ein. Wir kürzen nicht im sozialen Bereich. Wir haben weitere

Mittel für Klima- und Artenschutz sowie Forschung – die höchsten Investitionen, die es jemals gab. Meine Damen und Herren, 70 Milliarden Euro, das ist ein Riesenhaushalt, mit einem Investitionsanteil von über 14 % – 9,9 Milliarden Euro. Ich hätte gern 10 gesagt, aber dann hätte die Opposition gesagt, es sind nur 9,9, also bleibe ich bei 9,9 – die höchsten Investitionen ever.

(Zuruf)

Ich bitte darum, hier Akzeptanz zum Ausdruck zu bringen und mit freudiger Zustimmung zu reagieren. Auch hier muss ich eines sagen: Mehr geht aber nicht mehr. Herr Halbleib, Sie sind so fröhlich heute; Sie lachen mich so nett an.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Sie lachen mich so nett an. Ich habe dieser Tage auch an Sie gedacht, weil wir dem Haushaltsausschuss ein großes Werk vorgelegt haben mit Würzburg, wo ich dann gesagt habe: Trotz großartiger Investitionen, wir stehen dazu. – Wir stehen dazu; wir schlagen das dem Haushaltsausschuss vor; der Haushaltsausschuss geht in die Planung. Und alle haben sich gefreut, aber der Herr Halbleib hat die Weltöffentlichkeit wissen lassen:

(Zuruf)

Er sei enttäuscht. Er sei enttäuscht darüber, dass wir in Krisenzeiten nur 230 Millionen Euro für so ein Objekt freigeben, wo es viele Menschen im Land geben könnte, die sagen: In der Krise könnten Sie das auch mal fünf Jahre schieben. – Wir machen es trotzdem, Herr Halbleib.

(Zuruf)

Und deswegen müsste ich einfach sagen:

(Zurufe)

Es ist ja längst versprochen, dass wir es machen; und das halten wir auch. Das halten wir. Alles, was der Ministerpräsident verspricht, wird gehalten; da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Beifall – Zurufe – Lachen)

– Ja, ja. – Deswegen hätte ich auch da freudige Zustimmung erwartet.

(Zuruf)

Aber ich sage das nicht als Angriff, Herr Halbleib, sondern nur als Ermahnung an uns alle: Bescheiden wir uns in dieser Krise, werden wir nicht übermütig im Glauben daran, dass endlos irgendwo Geld herkommt. Wir werden auch gefragt werden: Wo habt ihr mal einen Schritt zurück gemacht? – Und da habe ich halt das Beispiel Würzburg im Kopf gehabt; ich hatte es mir nicht mal aufgeschrieben.

Mehr geht nicht mehr, meine Damen und Herren. Zusätzliche Wünsche gehen nur durch Streichvorschläge. Die bitte ich hier einzubringen. Wir vermeiden Schulden, wir halten Stabilität, wir sichern die Zukunft.

Ich danke allen. Ich danke meinem Haus für die umfangreichen Vorarbeiten. So einen Haushalt aufzustellen, ist nicht ganz einfach – das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in unserem Haus eine wirklich gute Mannschaft, die 24 Stunden am Tag und in der Nacht bereit war, an diesem Haushalt zu arbeiten. Ich danke dem gesamten öffentlichen Dienst, auch allen Ressorts, der Staatskanzlei und allen, die mitwirken, und natürlich auch dem Parlament, das bereit war, kurze Fristen zu akzeptieren und entsprechend den Haushalt jetzt, nach der Steuerschätzung, aber trotzdem noch vor dem neuen Jahr, durch die Erste Lesung zu bringen, damit wir rasch die haushaltlose Zeit beenden können. Ich danke allen, die dazu einen Beitrag leisten.

Ich bin dankbar, dass wir im Land Unternehmen, Arbeitnehmer und Ehrenamtliche haben, die sich darum kümmern, dass dieses Land auch in der Krise gut läuft.

Wir tun das Unsere dazu. Danke an die Steuerzahler in Bayern; sie finanzieren letztlich diese 7,2 Milliarden Euro. Wir versuchen, dieses Land stabil zu halten.

Eines möchte ich Ihnen noch sagen: Ich habe mich bei all den Debatten um Corona und die Auswirkungen der Pandemie bei der Frage, wie die Politik darauf reagiert, nicht jeden Tag eingemischt, weil ich da nicht so sachkundig bin. Ich habe damit zu tun zu überlegen: Wie halten wir wirtschaftlich und haushaltspolitisch Stabilität? Wir sehen, wie manche Argumente sich auch verändern. Normalerweise wirft man Finanzministern, Politikern im Allgemeinen, vor: Denen geht es nur um die Wirtschaft! Da geht es nur darum, dass die Wirtschaft floriert; die Menschen sind denen alle egal. – Diesen Vorwurf höre ich so oft, das ganze Jahr. Tatsächlich schaffen wir es dankenswerterweise – Herr Ministerpräsident, ich möchte auch dir ganz persönlich danken für deinen Einsatz –, trotz größter Herausforderungen das Land stabil zu halten und durch die Krise zu kommen. Warum? – Weil wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Und das gilt auch für unseren Haushalt. Da steht der Mensch im Mittelpunkt. Da braucht es keinen Vorwurf an uns, weder von der einen noch von der anderen Seite. "Sehr abgewogen" – unter dieser Überschrift könnte man eigentlich sagen: in gegebener Zeit ein Superhaushalt, verlässlich für unsere Partner, ein klar begrenztes Wachstum, und wir kommen schnell zurück zu alter Stärke. Das ist mein Wunsch; das ist unsere Arbeit, und dann haben wir das wieder, was wir so sehr vermissen: Planungssicherheit, meine Damen und Herren. – Nein, es ist nicht Planungssicherheit, aber dieser Haushalt ist ein momentanes Planungsoptimum; das kann ich Ihnen sagen.

(Zurufe – Widerspruch)

Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung heute und im Ausschuss. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der anschließenden Debatte ist auf 121 Minuten festgelegt. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heuer war fast nichts so, wie gewohnt – fast. Denn der schlechte Stil, der ist schon mal geblieben, Herr Söder: hier alles im Alleingang zu entscheiden, den fertigen Haushaltsentwurf über 70 Milliarden Euro an Steuergeldern drei Werkstage vor der Ersten Lesung zu veröffentlichen. Er wurde von der Staatskanzlei zurückgehalten. Der Finanzplan ist sogar erst gestern gekommen.

Ja, ich weiß, Sie haben die Mindestfrist eingehalten. Trotzdem: Ist das Ihre Vorstellung von Zusammenarbeit? In einem Jahr, in dem Milliardenbeträge an zusätzlichen Steuermitteln, an Schulden für kommende Generationen lockergemacht worden sind, in einem Jahr, das von der Politik ein ganz besonderes Maß an Vernunft und Weitblick erfordert, in einem Jahr, in dem die Angreifer und Zweifler des Rechtsstaates immer mehr werden – in so einem Jahr maßen Sie es sich an, Herr der Milliarden zu sein und alle Fraktionen zum letztmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

Meine Herren, wenn wir schon dabei sind: Wie kommen Sie dazu, in der eh schon üppig besetzten Staatskanzlei noch mal 39 Stellen neu zu schaffen und weitere aus anderen Ressorts abzuziehen, wo es doch an allen Ecken und Enden brennt? – "L'état c'est moi."

Und Sie, werte Damen und Herren der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER im Haushaltsausschuss, Sie machen das willfährig mit. Sie freuen sich, dass Sie wenigstens 60 Millionen Euro – ein Promille des Haushalts! – an Fraktionsreserve in Ihren Stimmkreisen verteilen dürfen. Wie lange tragen Sie denn das noch mit? Der parlamentarischen Demokratie tun Sie so keinen guten Dienst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Aber wir GRÜNEN arbeiten konstruktiv;

(Lachen – Widerspruch – Unruhe)

deswegen haben wir Ihnen heuer rechtzeitig eine Hausaufgabe mitgegeben, damit wir nicht immer hinterher Verbesserungen anmahnen müssen, wie beim letzten Mal, da wurden die Erwachsenenbildung und die Jugendverbände vergessen. Wir haben klar und deutlich die Dringlichkeit betont, endlich die längst überfälligen Infrastrukturmaßnahmen anzugehen, technisch, sozial, digital Vorsorge zu treffen, damit uns in der nächsten Krise nicht das gleiche Malheur passiert wie diesmal, damit uns nicht wieder auf die Füße fällt, was Sie Jahrzehnte verschlafen haben, obwohl die Steuereinnahmen in dieser Zeit dagewesen wären.

Denn wenn die Krise, vorbei ist – da sind wir uns hoffentlich einig –, müssen wir alle und alle Unternehmen wieder mit voller Kraft loslegen können. Und das geht nur mit einer intakten Infrastruktur.

Wir hier im Parlament haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Kindeskinde von einer hohen Lebensqualität, von sozialer Gerechtigkeit profitieren. Wir haben die Verantwortung, heute so zu entscheiden, dass Bayern weiterhin Innovationsstandort bleibt. Und heute wird sich entscheiden, ob wir die Weichen stellen, ob wir mit ökologischen Modernisierungen die Klimakrise bewältigen. Was glauben Sie denn, wie weit 2030 noch weg ist? Alles andere, was wir nicht angehen, sind Schulden, sind verdeckte Schulden für unsere Kinder und Kindeskinde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Kinder: Weil der Zugang zur Bildung der entscheidende Schlüssel für gleichwertige Lebenschancen ist, lassen Sie uns sichtbare Investitionen in den Lebensraum Schule, in unsere Hochschulen tätigen. Deswegen braucht man nicht nur Professoren und Professorinnen, die übrigens so schnell, wie Sie sie ankündigen, gar nicht herge-

hen werden, sondern man braucht Instandsetzungen, Sanierungen der Hochschulgebäude. Dort regnet es hinein. Es gibt einen Sanierungsstau von fünf Milliarden Euro.

Gut ist, dass endlich – der Minister ist nicht mehr da – 1.525 Stellen für alle Schularten kommen. Das haben wir seit Jahren gefordert. Sehen Sie jetzt, dass unsere

(Zuruf)

– der Schulminister, ich dachte, Sie wissen, wer für Bildung zuständig ist – langjährigen Forderungen – kleine Klassen, zwei Lehrkräfte pro Klasse – viel besser durch diese Pandemie getragen hätten? Die Lehrkräfteausbildung, die Digitalisierung muss viel zeitgemäßer werden. Das hatten wir alle die Jahre angemahnt.

Bitte, jetzt mal Klartext – der Herr Minister hat es schon angedeutet –. Wie lange wollen Sie die Schulen mit der Digitalisierung noch alleinlassen und immer nur auf die Sachaufwandsträger und auf die Kommunen hinweisen? Die ganze Pandemie sehen wir schon, wie viele Jahre Sie geschlafen und Bayern damit zurückgeworfen haben. Schulen warten immer noch auf funktionierende Plattformen. Seit heute geht auch "mebis" nicht mehr. Für praktikablen Datenschutz ist nicht vorgesorgt. Die digitalen Schulungen unserer Lehrkräfte sind auch noch nicht installiert. Übrigens ist aus dem Programm Lehrkräfte-Laptop noch kein einziger in Bayern angekommen.

Sie reichen die ganze Zeit fast nur Bundesmittel durch, ansonsten halten Sie sich vornehm zurück. Aber Bildung ist doch Länderhoheit, habe ich gemeint. Digitalisierung ist aber in allen Ressorts ein Problem. Die einheitliche Steuerverwaltungssoftware namens KONSENS ist ein einziges Desaster: viel Geld ausgegeben, nichts erledigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Gesundheitsämtern soll es demnächst eine einheitliche Software geben, um die Nachverfolgungen zu händeln, nach elf Monaten Pandemie. Sie hatten bisher auf das klassische Fax gesetzt.

In so einer fatalen Notlage sehen wir den Mini-Etat des Digitalministeriums. Sie geben der Digitalministerin gnädig 9,9 Millionen Euro für Projekte. Alles andere in diesem Haus sind der IT-Beauftragte, das Ministerium selbst und die Games-Förderung. 9,9 Millionen Euro im Digitalministerium für ein ganzes Jahr für ganz Bayern – bitte, was soll die Ministerin damit auf den Weg bringen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Entwurf vernachlässigt trotz der rechnerisch hohen Investitionsquote den Bestand an Infrastruktur. Die Investitionen fließen in die üblichen Lieblingsprojekte, allen voran neue Straßen, Straßenbau: 400 Millionen Euro. Dann kommt natürlich die Weiterfinanzierung der Wahlgeschenke von früher: Pflegegeld, Familiengeld. Das lähmt auch diesen Etat: 390 Millionen Euro Landespflegegeld für ein Jahr, 100 Millionen Euro mehr als eigentlich gedacht. Ja, welche Überraschung, dass in einer alternden Gesellschaft der Bedarf steigt. Aber mehr Pflegeplätze, mehr Pflegestützpunkte, mehr Pflegepersonal, Unterstützung für Betroffene und Angehörige haben wir nicht vom Pflegegeld.

Apropos Wahlgeschenke. Die Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung macht fünfmal so viel aus wie Qualität und Personalgewinnung. Ich meine, da machen Sie es sich zu leicht und missbrauchen auch hier wertvolle Bundesmittel.

Im Frühjahr haben wir alle gesehen, wie sehr es die Familien und damit auch die Wirtschaft lähmt, wenn man sich nicht auf funktionierende Kinderbetreuung verlassen kann. Wie lange schauen wir anderen Großstädten wie Hamburg, wie Wien noch bei erfolgreicher Wohnraumförderung zu? Was lehrt uns Corona denn für eine krisenfeste Gesundheitsvorsorge? Dieser Sommer hat uns doch wieder gezeigt: Wir müssen jetzt Maßnahmen treffen, um unsere Städte klimafest und hitzebeständig zu machen. Wenn wir weiterhin so wenig tun, dann stolpern wir in die nächste Krise, die die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger massiv gefährdet.

Deswegen muss die Energiewende viel schneller vorangetrieben werden. Sie forschen, forschen, machen Versuche, und wenn es konkret wird, dann wird so wenig

gemacht. Ich habe die 74 Millionen Euro gesehen – das ist okay –, aber für eine Energiewende reicht das doch nicht. Da reichen nicht ein paar Förderprogramme, Modell-Prestigeprojekte, es muss sich doch strukturell etwas ändern. Wir brauchen andere Systeme. Nahwärmenetze, Geothermie, intelligente Stromnetze, virtuelle Kraftwerke, Wasserkraftnutzung – das sind die Zukunftsthemen. Da stehen dann fünf Millionen Euro für ganz Bayern für Photovoltaik auf allen Gebäuden im Freistaat; da gibt es dann für die energetische Sanierung weniger als im letzten Jahr – 25 Millionen Euro. Es ist fast peinlich. Wir brauchen eigentlich 500 Millionen Euro, um die staatlichen Gebäude energetisch auf Vordermann zu bringen. Wir bräuchten auch 500 Millionen Euro, um die Mobilitätswende endlich voranzubringen

Heute früh, ein Stäuberl Schnee, und die erste Durchsage in der S-Bahn: Störungen auf allen Linien der Stammstrecke.

(Zuruf)

– Das ist nur München. Man muss doch auch auf dem Land mit dem Nahverkehr überall hinkommen, wo man hinkommen muss.

Wir haben zu wenige Gleise, wir haben vergammelte Bahnhöfe. 2020 ist noch nicht einmal die Hälfte unserer Bahnhöfe barrierefrei. Das ist doch eine Schande, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo sind die Radwegenetze? Wo ist die Ausbauoffensive für das hochgepriesene Fahrradland Bayern? Bitte schalten Sie da mal einen Gang höher.

(Ein Abgeordneter telefoniert)

– Könnten Sie vielleicht draußen telefonieren?

Dann die Prämien. Wenn etwas nicht funktioniert, zückt der Ministerpräsident das Scheckbuch und verteilt Geld, besonders gern vor Wahlen. Jetzt gibt es auch noch

Prämien für Schulleitungen und Ämter. Wissen Sie, wir gönnen es allen, aber gescheiter wäre es, das Geld für sinnvolle Chaosbeseitigungsmaßnahmen einzusetzen, damit wir unser Personal in den Schulen und Ämtern nicht in der Nacht und am Wochenende strapazieren müssen.

(Zuruf)

Im Frühjahr, Herr Minister, haben wir dem ersten Nachtragshaushalt in Höhe von zehn Milliarden Euro zugestimmt. Wir haben gewusst, wie eilig es ist; wir wollten Ihnen Handlungsspielraum geben. Als Sie dann vier Wochen später ohne Nachweis die gleiche Summe noch mal wollten und dabei auch noch die Kommunen ignoriert hatten, wollten wir nicht mehr zustimmen. Sie erinnern sich.

Unser Misstrauen war leider berechtigt. Im frühen Herbst hat der Ministerpräsident gesagt: Ach, von den 20 Corona-Milliarden ist noch so viel übrig, daraus können wir die Hightech Agenda Plus noch zahlen. – Ein Aufschrei von uns. Ihr Dementi: Das wird natürlich nicht davon bezahlt. Und jetzt? – Jetzt steht die Hightech Agenda Plus – 435 Millionen Euro – mit der "Demonstrator-Mission" tatsächlich im Corona-Fonds. Ist es zu fassen? Der Herr Söder bekämpft Corona mit sechs bayerischen Satelliten.

Aber noch kurz zur Finanzierung des Haushalts: Sie haben eine Neuverschuldung angesprochen, 10,6 Milliarden Euro; Rücklagenentnahme 2,1 Milliarden Euro. Erst am Ende des Jahres wissen wir, ob wir so auch hinkommen. Das ist auch verständlich. Die Neuverschuldung ist damit aber noch nicht sicher. In der Rücklage sind dann noch sechs Milliarden Euro; die brauchen wir zum Ausgleich der nächsten Jahre. Im Haushaltsgesetz haben Sie aber das Bürgschaftsvolumen auf fünf Milliarden Euro verdoppelt. Das könnte ein Problem werden; denn zweimal werden wir die Rücklage nicht ausgeben können.

Im Finanzplan zur Landesbank ist eine Schuldentilgung von 50 Millionen Euro bei allein Zinsen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr angegeben. 7,5 Milliarden Euro Schulden – das kann 150 Jahre dauern.

Resteeinzug haben wir all die Jahre gefordert –, 300 Millionen Euro; das wurde stets entrüstet abgelehnt. Schau her, jetzt sind Sie unserer Empfehlung gefolgt und haben sogar 500 Millionen Euro globale Minderausgabe zum Einzug im Haushalt gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Versorgungsausgaben ignorieren Sie völlig; die steigen rasant. Auch hier haben wir schon seit den Neunzigerjahren gemahnt. Sie haben den Versorgungsfonds faktisch abgeschafft, aber auch die Schuldentilgung. Dieses Thema ist jetzt völlig vor die Wand gefahren, und das können wir auch gar nicht mehr aufholen.

(Zuruf)

Der Konsolidierungsbedarf beim Versorgungsfonds: 5,7 Milliarden Euro 2019, und 2021 6,4 Milliarden Euro, und das allein schon ohne Beihilfe. Sagen Sie mir, wie wir das noch zahlen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Konsolidierungsbedarf haben Sie in Ihrem Finanzplan eigentlich auch nicht gut aufgeführt. Sie sagen: Jetzt kommen wir mal durch 2021. – Aber ab 2022 fehlen 11 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Im Finanzplan steht überhaupt nichts dazu, wie diese Lücke überbrückt werden soll. Das geht also auch wieder auf Kosten der nächsten Generationen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrtes Kabinett, sehr geehrter Herr Minister! Wir dürfen uns nicht länger von Entwicklungen, von Krisen, von Problemen und Pannen treiben lassen. Wir müssen vorausschauend und proaktiv handeln. Wir brauchen mehr Taten und weniger Worte. Wir brauchen einen Vertrag mit der Zukunft, mit unserer Jugend, mit der Wirtschaft und mit den Menschen in Bayern. Sie haben ein Recht auf Gesundheit und Vorsorge. Wir haben die Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben Green Bonds ins Spiel gebracht. Wir haben Ihnen gezeigt, wo und wie man eine Infrastruktur schafft, auf die man sich verlassen kann. In dieser Hinsicht werden

wir Ihnen in den ersten Wochen des neuen Jahres unsere Anträge vorlegen, die konkret sind und Vorschläge zur Gegenfinanzierung enthalten. Ich erwarte eine ernsthafte Diskussion. Verschieben Sie bitte nichts mehr auf später, denn jetzt ist die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, bleiben Sie noch kurz da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Häusler.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin Köhler, mantraartig redet Ihre Partei bei jeder Gelegenheit – jetzt haben Sie es auch getan – über die Gebührenentlastung bei den Kindergärten. Sie sprechen das immer an und kritisieren es aufs Heftigste. Sie stellen das immer den Qualitätsverbesserungen gegenüber. Haben Sie schon mitbekommen, dass frühkindliche Bildung ein ganz wesentliches Element der Bildung insgesamt ist? Wissen Sie auch, dass wir an den Grundschulen und den übrigen Schulen auch keine Gebühren erheben? Haben Sie auch rekapituliert, dass es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, dass die Teilhabe aller möglich ist? Können Sie mir auch folgen, wenn ich sage, dass wir trotzdem nicht Hunderttausende von Erziehern zur Verfügung stellen könnten, auch wenn das Geld zur Verfügung stünde? – Die sind nicht da. Die müssen erst gewonnen und ausgebildet werden. Haben Sie auch mitbekommen, dass über das vierte Sonderinvestitionsprogramm statt der angedachten 30.000 Plätze 67.000 Plätze in Bayern gefördert werden? Das ist einzigartig in ganz Deutschland. Das ist doch aktive Politik im Sinne unserer Familien und Kinder. Warum distanzieren Sie sich davon?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Zunächst einmal fällt es mir schwer zu honorieren, dass die Grundschule gratis ist. Ich hoffe nicht, dass Sie dafür Gebühren erheben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe es mir herausgesucht. Sie geben 605 Millionen Euro für die Beitragsfreiheit und 119 Millionen Euro für die Personalgewinnung, die Qualitätssicherung und die Schaffung neuer Plätze aus. Das ist zu wenig. Wir brauchen fünfmal so viel für die Beitragsfreiheit. Die Beitragsfreiheit nützt mir nichts, wenn ich keinen Platz für mein Kind bekomme, weil es zu wenig Personal gibt. Jetzt haben Sie es sich ganz leichtgemacht. Das Sozialministerium hat vorgeschlagen, die Schließtage für Seminare und Fortbildung einfach herabzusetzen. Dann hat man weniger Fortbildung. Auch der Schlüssel soll verschlechtert werden. Dann braucht man auch weniger Personal. Das ist doch nicht Qualität. Wir haben in der Gesellschaft Herausforderungen, denen wir von klein auf begegnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Josef Zellmeier das Wort.

**Josef Zellmeier (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es sind bewegte Zeiten. Lockdown light, Ausgangsbeschränkungen, Kontaktbeschränkungen – das alles scheint erst einmal wichtiger zu sein als Zahlen und Fakten, wichtiger als ein nüchterner Haushalt. Trotzdem ist eine finanzielle Planung heute wichtiger denn je.

Lassen Sie mich zu Beginn Danke sagen. Danke unserem Finanzminister Albert Füracker für die verantwortungsvolle Arbeit, die er im Sinne der Staatsregierung, aber auch im Sinne dieses Hauses leistet. Der Umgang mit Steuergeld war gerade in der Pandemie bisher beispielgebend. Ich werde es hernach noch ausführen. Von den 20 Milliarden Kreditermächtigung haben wir nur knapp die Hälfte verbraucht. Lieber Albert, das heißt, du hast wirklich Großes geleistet. Gleichzeitig ist an der richtigen Stelle und zur rechten Zeit geholfen worden. Das zeigt sich jetzt auch im Haushalt 2021. Wir werden die Kreditermächtigung, die wir heuer nicht verbraucht haben, im nächsten Jahr einsetzen. Damit werden wir in der Summe keinen Euro mehr einsetzen, als für 2020 geplant war.

Danke auch unserem Finanzminister für die klaren Worte. Es ist nicht die Zeit für zusätzliche Wünsche. Nein, die ist jetzt wirklich nicht. Wir müssen gegen die Krise investieren, wir dürfen nicht gegen die Krise ansparen, wir müssen investieren, aber wir dürfen uns keine weiteren teuren Ausgaben leisten, die nicht der Erholung der Wirtschaft und unseres Gemeinwesens dienen.

Insgesamt haben wir von der Agentur Standard & Poor's gerade im Hinblick auf den Umgang mit der Krise ein Spitzenrating bekommen. Es wurde gewürdigt, wie wir die heimische Wirtschaft stützen und gleichzeitig verantwortungsvoll mit der Staatsverschuldung umgehen. Dieses Lob der Finanzmärkte gilt in erster Linie unserem Finanzminister und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hervorragende Arbeit geleistet haben.

Werte Frau Kollegin Köhler, wir arbeiten im Haushaltsausschuss gut zusammen. Ihre Kritik an der Vorlage des Haushaltes ist aber völlig daneben. Die Frist für die Erste Lesung wurde eingehalten. In schwierigen Zeiten kann man auch von der Opposition verlangen, dass sie flexibel ist und sich auf die Dinge einstellt. Die Detailberatung erfolgt im Ausschuss. Die Detailberatung führt dann zur Zweiten Lesung. Für diese weiteren Debatten haben wir neun Kalenderwochen Zeit. Das ist mehr Zeit als in der Vergangenheit. Die Fraktionen können sich also bestens einarbeiten und Änderungsanträge stellen. Das ist doch der zentrale Punkt. Dafür kann man weder dem Finanzminister noch seinem Hause einen Vorwurf machen, denn in schwierigen Zeiten muss man auch die Steuerschätzungen einarbeiten; und wir hatten heuer mehr Steuerschätzungen als in der Vergangenheit. Dabei gab es immer wieder Änderungen.

Wir werden, wie gesagt, erst am 10. Februar mit den Beratungen im Ausschuss beginnen und wollen Ende März zur Zweiten Lesung kommen, sodass wir genügend Zeit für Diskussionen haben. Der Haushaltsausschuss war bisher kein Gremium für Parteipropaganda. Das sollten wir auch in Zukunft unterlassen, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Wenn man nach einem Motto für den Haushalt 2021 sucht, könnte man an vieles denken. Egal ob man mit oder ohne Brille liest, ob man kurzsichtig oder weitsichtig ist – ich bin übrigens beides, auf dem einen Auge so und auf dem anderen Auge anders –, das Motto ist nicht entscheidend. Entscheidend sind die Merkmale. Der Haushalt ist solide finanziert. Wir investieren kraftvoll, um die Krise zu bewältigen. Ganz wichtig ist mir, dass mit der Kreditermächtigung, die wir in ungewohnter Weise und ungewohnter Höhe der Staatsregierung ausgestellt haben und mit der wir der Staatsregierung freie Hand gegeben haben, um gegen die Krise zu arbeiten, verantwortungsvoll umgegangen wurde. Insgesamt sind von den 20 Milliarden, die wir gewährt haben, rund neun Milliarden abgeflossen. Das sind nur 45 %, und das in einem Jahr, in dem wir hoffentlich den Höhepunkt der Krise hatten. Natürlich wird im nächsten Jahr auch noch vieles anfallen, aber ich hoffe, dass wir mit den Impfmöglichkeiten das Allerschlimmste hinter uns bringen.

Ich erinnere mich noch gut an die Zweite Lesung zum zweiten Nachtragshaushalt. Da wurde von einem Blankoscheck gesprochen. Es war wiederum viel Lärm um nichts, denn die Opposition müsste eigentlich heute Respekt dafür bekunden, dass so seriös gearbeitet wurde. Nur wesentliche und wichtige Maßnahmen wurden beschlossen.

Bei der Soforthilfe und bei der Kompensation der Gewerbesteuer wurde von der Opposition immer geunkt, man wolle den Kommunen nicht helfen. Gemeinsam mit dem Bund haben wir das in hervorragender Weise getan. Wir, die Koalitionsfraktionen, waren uns darin einig. Danke auch dem Kollegen Pohl für die gute Kooperation. Natürlich sind wir kommunalfreundliche Fraktionen und Parteien, und wir tun alles, um den Kommunen zu helfen. Die Kommunen müssen in der Krise aber auch einen Teil des Paketes mittragen. Das hat der Finanzminister ausgeführt. Wir können nicht für alles geradestehen, denn auch uns muss noch Spielraum für die Zukunft bleiben.

Dabei wurden neben den großen Maßnahmen viele kleine Maßnahmen ergriffen. Als Beispiel nenne ich die Verpflegung der Krankenhausmitarbeiter. Das war eine hervorragende Leistung. Die Verdoppelung der Vereinspauschale und die Hilfe für Studen-

tenwerke sind weitere Beispiele. Das Vertrauen, das aus dem Umgang mit dem Sonderfonds Corona entstanden ist, sollten wir im Haushaltsausschuss und auch hier im ganzen Haus alle teilen. An der intensiven Berichterstattung, die wir bekommen – die Häuser legen wöchentlich Rechenschaft ab –, zeigt sich, was sie mit dem Geld machen und wie das Geld abfließt. Wir haben auch Rückflüsse aus den Häusern festgestellt, wenn die Mittel nicht in vollem Umfang benötigt wurden, was auch erfreulich ist.

(Harald Güller (SPD): Weil sie unfähig waren, das Geld auszuzahlen!)

– Lieber Kollege Güller, das ist euer Problem. Ihr wollt immer überall mitreden. Euer Mitreden besteht in der Regel aber nur darin, mehr Ausgaben zu fordern. Das ist keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Im Übrigen kehren wir mit dem Haushalt 2021 hinsichtlich des Budgetrechts zur klassischen Rollenverteilung von Parlament und Staatsregierung zurück. Das war uns von der CSU sehr wichtig, und das wurde auch vom Finanzminister und vom Ministerpräsidenten in keiner Weise in Zweifel gezogen; sie haben das dankbar angenommen und vorgeschlagen, dass ein Zustimmungsvorbehalt eingebaut wird.

Die Staatsregierung hat das gemacht. Das heißt, bei den Mitteln, bei diesen 1,5 Milliarden Euro, die nicht bereits im Einzelnen verplant sind, wird der Haushaltsausschuss künftig mitentscheiden. Zwar ist in Kapitel 13 19 ein Großteil mit konkreten Titeln hinterlegt, aber es gibt darüber hinaus flexible Mittel, die notwendig sind, weil auch im zweiten Jahr der Krise nicht alles planbar ist. Da wird der Haushaltsausschuss künftig zustimmen müssen. Damit ist das Parlament eingebunden. Gleichwohl bleiben wir flexibel, denn einen Nachtragshaushalt aufzustellen, dauert deutlich länger, als den Haushaltsausschuss einzuberufen.

Ich sichere bereits jetzt zu: Wenn es eilt, dann werden wir auch in den Parlamentsferien tagen, keine Frage. Wir werden dazu beitragen, dass es genauso schnell wie bisher unter Einbindung des Parlaments geht. Seit es Parlamente gibt, ist es natürlich ein Grundrecht des Parlaments, den Haushalt mitzubestimmen. Da passt, wie gesagt, kein Blatt zwischen den Finanzminister und uns; da waren wir uns von Anfang einig.

Die Ereignisse des Jahres 2020 haben uns alle überrascht, und keiner wusste, was auf uns zukommt. Dieses Jahr hat das nicht ermöglicht. Jetzt geht das aber, und dann wird das natürlich gemacht. Damit ist auch der immer schon grundlosen Kritik der Opposition der Boden entzogen.

Insgesamt ist der Haushalt 2021 solide finanziert. Einerseits helfen wir, indem wir investieren. Andererseits begrenzen wir den Zuwachs der Ausgaben deutlich, insbesondere auch im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr.

Ich habe es bereits ausgeführt: 10,7 Milliarden Euro Kreditermächtigung – der Betrag, der nicht verbraucht wurde. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt, das muss man an dieser Stelle einmal sagen. Mehr brauchen wir nicht. Mehr wollen wir auch nicht brauchen. Wir wissen, dass es Restrisiken gibt; das kann niemand verneinen. Zum jetzigen Zeitpunkt wollen die Staatsregierung und die CSU-Fraktion mit diesen Mitteln aber auskommen.

Das heißt, eine Verschuldung, die für ein Jahr geplant war, soll für zwei Jahre reichen. Auch das ist eine vorbildliche Politik. Lieber Albert Füracker, herzlichen Dank für diese hervorragende Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig gibt es natürlich eine Rücklagenentnahme; denn wir haben Projekte, die wir nicht mit Corona begründen können und auch nicht mit Corona begründen wollen. Dafür werden diese 2,1 Milliarden Euro eingesetzt, was rund ein Viertel der Rücklage von 8,2 Milliarden Euro ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass wir deutliche Rücklagen haben. Wir sind daher auch in Zukunft handlungsfähig. Auch nach der Bewältigung der Krise werden Spätfolgen auftreten, die wir dann aber aufgrund des engen Korsetts, das uns die Bayerische Verfassung mit der Schuldenbremse schnürt, nicht über Kreditaufnahmen finanzieren können und auch nicht wollen. Das ist für uns als CSU-Fraktion ein ganz entscheidender Faktor.

Wir haben in Deutschland nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern erreicht, dass es sowohl im Grundgesetz als auch in den Landesverfassungen Schuldenbremsen gibt. In der Bayerischen Verfassung ist die Schuldenbremse am strengsten geregelt, weil es der Kern unserer Politik ist, zukunftsfähig zu handeln. Leider Gottes hat die Opposition dazu nicht immer das beigetragen, was man unter "zukunftsfähig" versteht. Nur mit Forderungen kommen wir nicht weiter. Man muss auch immer sagen, wo man etwas wegnehmen will.

Die Staatsregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der im Wesentlichen unseren Vorstellungen entspricht. Da werden wir auch nichts gegenfinanzieren können, Frau Kollegin Köhler. Das sind die Dinge, die uns wichtig sind. Sie wollen hingegen immer nur dort gegenfinanzieren, wo wir Schwerpunkte setzen. Das können Sie von uns natürlich nicht erwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsschulden explodieren weltweit. Im Vergleich dazu ist Bayern ein Hort der Solidität. Wir können uns heuer, aber auch nächstes Jahr kurzfristig eine Kreditaufnahme leisten, weil wir über viele Jahre gespart und Schulden zurückgezahlt haben. Darüber hinaus haben wir einen sehr anspruchsvollen Tilgungsplan. Wir wollen ab 2025 jährlich eine Milliarde Euro tilgen. Das sind gewaltige Beträge, aber wir werden dafür sorgen, dass es funktioniert.

Die Ressorts erbringen einen Sparanteil von rund 500 Millionen Euro. Das ist richtig und wichtig. Damit werden die Ausgabereste reduziert.

Das Kernstück sind die Investitionen mit 14,2 %. Die Investitionen sind ein entscheidender Faktor, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Wir investieren in die Wissenschaft und stärken die Bildung. Auch dort gibt es viele Investitionsvorhaben, vor allem im Baubereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch den Arbeitsmarkt im Blick haben. Das heißt, wenn wir in die Wirtschaft investieren, dann investieren wir ebenso in die Arbeitnehmer. Dieser entscheidende Faktor darf nicht übersehen werden.

Wir akquirieren jetzt Wissenschaftler – 1.835 Stellen – so günstig wie noch nie, weil viele Länder, in denen die Wissenschaft gute Bedingungen hat, jetzt Schwierigkeiten haben. Deshalb gehen wir dort voran.

In der Krise wollen wir verstärkt auf Modulbauten setzen, um das Bauen zu beschleunigen und kostengünstig zu gestalten.

Ich will noch die Stellen bei den Schulen, die Digitalisierung, die wir gezielt vorantreiben, sowie die Investitionen in die frühkindliche Bildung erwähnen; das wurde vorher bereits ausgeführt.

Der Haushalt 2021 muss Unmögliches möglich machen, und das tut er. Gleichwohl haben wir nach wie vor viele Unbekannte, die wir im laufenden Jahr werden berücksichtigen müssen. Dafür bietet dieser Haushalt jedoch beste Voraussetzungen.

Ein Dankeschön allen Beteiligten für die Vorbereitung. Vorweg auch ein Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ausschussbüro und in den Fraktionen, die die künftigen Beratungen im Ausschuss in hervorragender Weise vorbereiten werden. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Plenk gemeldet. Herr Plenk, bitte schön.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Herr Zellmeier, Sie haben ausgeführt, Sie hoffen, dass der Höhepunkt der Krise bereits hinter uns liegt. Ich glaube, dass uns der wirtschaftliche Höhepunkt der Krise noch bevorsteht. Teilen Sie meine Einschätzung in diesem Punkt?

Des Weiteren sagten Sie, dass Sie mit Spätfolgen aus der Corona-Krise rechnen. Welche Spätfolgen meinen Sie konkret?

**Josef Zellmeier (CSU):** Was die Frage anbelangt, wann der Höhepunkt überschritten ist, hoffe ich – das ist meine persönliche Einschätzung –, dass wir mit den Impfungen schnell zu einer Erholung der Wirtschaft kommen. Werter Kollege Plenk, wir haben gesehen, dass die Wirtschaft im dritten Quartal unglaublich schnell angezogen hat. Das hat auch dazu geführt, dass die beiden Steuerschätzungen im Herbst für den Haushalt eine Verbesserung erbracht haben, wenngleich für die Folgejahre nicht in der Dimension, wie wir uns das vorgestellt hatten.

Die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen ist die Spätfolge, von der ich rede. Das wird eine Zeitlang dauern, und wir werden das hier im Haus spüren, was wir im Haushalt einplanen müssen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Frau Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bayern stand früher einmal für Wohlstand, für finanzielle Sicherheit und für einen soliden Haushalt. Diese Zeiten sind aber leider vorbei.

(Zuruf)

Die Staatsregierung führt auch hier merkelsche Verhältnisse ein. Der Staat schwankt von einer Krise in die nächste. Statt am Anfang der Pandemie effektiv durchzugreifen und die Infektion im Keim zu ersticken, torkeln die Staats- und die Bundesregierung schon seit Monaten wie Betrunkene vollkommen orientierungslos zwischen einer Verschärfung und einer Lockerung umher.

Statt einem Ende mit Schrecken haben wir nun einen Schrecken ohne Ende. Was für ein planloses Katastrophenmanagement.

(Beifall bei der AfD)

Damit richtet die Staatsregierung großen Schaden an. Unsere bayerische Wirtschaft wird mutwillig gegen die Wand gefahren. Millionen Arbeitnehmer und Selbstständige verlieren ihre Existenz. Im vermeintlichen Kampf gegen das Virus scheint jedes Mittel recht: die Entrechtung des Bürgers durch Aushöhlung des Grundgesetzes, die Enteignung der Bürger durch die beispiellose Schuldenmacherei.

Wenn man die Wirtschaft des eigenen Landes zerschlägt, brechen einem die Steuereinnahmen weg. Die Folgen sind immer neue Schulden, die unsere Wirtschaft und den Steuerzahler noch stärker belasten. Mit der Begründung "Corona" realisieren Sie alles, für das bisher kein Geld da war. Ihre Schuldenpolitik übernimmt ganz klar die "Whatever it takes"-Mentalität, bei der die letzten Schranken fallen. Immer neue Runden von Geldschöpfungskrediten und Asset-Käufen durch die Zentralbanken blähen die Geldmenge dramatisch auf. Waren es bisher Rettungspakete für Südeuropa, so ist es nun Corona. Die Staatsquote in Deutschland wird laut Hans-Werner Sinn auf deutlich über 50 % gehoben. Man kann nur hoffen, dass das Dauerfeuer der Gelddruckerpresse nach dem Wiederanspringen der Wirtschaft nach Corona nicht in eine galoppierende Inflation mündet, so wie 1923. Angesichts der Verfünffachung der Geldmenge von circa einer Billion 2008 auf fünf Billionen heute ist das ein ziemlich realistisches Szenario. 2021 kann der Corona-Sonderfonds noch bis zu 10,6 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Dabei ist die Abwärtsspirale bereits jetzt vorpro-

grammiert und eine solide Planung vollkommen unmöglich. Daher reicht es nur noch zu einem Einjahreshaushalt.

Gegen die schier grotesken Vorgaben des Ministerpräsidenten und seines Wirtschaftsministers ist auch die pragmatische Art unseres Finanzministers nicht gefeit. So steigen also auch ungeachtet der Kosten für Corona die Ausgaben des Freistaates gegenüber dem Vorjahr von vorher 60,5 Milliarden auf jetzt 62,8 Milliarden Euro. Die Regierung läuft weiter gegen die Wand und hält sich dabei die Augen zu.

(Beifall bei der AfD)

Auch im Jahr 2021 wird Bayern für seine Landesbank 210 Millionen Euro Zinszahlungen an Gläubiger tätigen. Hinzu kommen 50 Millionen Euro allein für die Tilgung von Schulden. Unnötige, längst als sinnlos erwiesene Corona-Maßnahmen werden jedoch unbeirrt weitergeführt. Hunderte Millionen Euro werden für Testzentren ausgegeben, Hunderte Millionen für Schnelltests, anstatt endlich vor allem die Risikogruppen, alte und kranke Menschen, effektiv zu schützen, wie es Vernunft, Humanität und Nächstenliebe gebieten. Auch wir von der AfD wollen, dass unsere Eltern und Großeltern noch ein langes Leben haben.

Auch das Prestigeprojekt von Markus Söder, die sogenannte Hightech Agenda, wird trotz der Krise nicht gestrichen, sondern um 400 Millionen Euro erhöht. Fast 500 Millionen Euro greift die Staatsregierung für eine Selbstinszenierung aus den Rücklagen des Freistaats ab. Zusätzlich entnimmt sie 400 Millionen Euro dem Sonderfonds Corona-Pandemie, obwohl dieser ausschließlich zur Finanzierung von Corona-bedingten Ausgaben dienen soll.

(Unruhe)

Währenddessen warten viele Unternehmer noch immer auf die zugesagten Hilfen. Sie sollten diese endlich auszahlen und die Menschen wieder arbeiten lassen, damit sie

ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten können. Wer sich auf diese Regierung verlässt, der ist verlassen.

(Beifall bei der AfD)

Wichtiger als das Schicksal von Millionen Menschen ist der Staatsregierung die Devise: Nur keinen Fehler zugeben. – Wie lange wollen Sie dem Bürger eigentlich noch erzählen, dass all dies der Bekämpfung einer Pandemie dienen soll? – Letztlich dient Ihnen Corona wohl nur als Vorwand, um an der Errichtung einer neuen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung mitzuwirken. Solide Finanzen, bürgerliche Freiheit, demokratische Souveränität, traditionelle Werte und bayerische Kultur sind in dieser Ordnung natürlich nicht vorgesehen, wohl aber die ungesteuerte Zuwanderung, Ihre heilige Kuh des Globalismus.

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gefragt, wo wir denn sparen wollen. Wir wollen beim Zuwanderungs- und Integrationsfonds sparen. Der bekommt nämlich weiterhin fast zwei Milliarden Euro, wie in den Jahren zuvor. Wie üblich wird dieser Betrag in einem Nachtragshaushalt noch um ein paar Hundert Millionen Euro erhöht. 400 Millionen Euro Rücklagen werden verpulvert, um die Asylindustrie zu mästen, wie sie es von Merkel und ihren Statthaltern in Bayern gewohnt ist. Der Zuwanderungs- und Integrationsfonds ist so prall gefüllt wie schon in den Vorjahren. Auch im Jahr 2021 wird eine fest etablierte Asylindustrie mit fast zwei Milliarden Euro gefördert. Wohin diese Auswüchse führen, hat man in den letzten Tagen in Ebersberg gesehen. Dort haben Scheinasylanten eine wunderschöne Villa bezogen,

(Zuruf: Fake News!)

mit einer Lage im feinsten Millionärsviertel und Mietkosten von mehreren Tausend Euro pro Jahr. Und wer bezahlt das Ganze? – Der Freistaat Bayern und somit unsere fleißigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Unruhe)

Denn: Was der Fleiß gewinnt, manch Scheinasylant wieder nimmt.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Fast alle Bürgerinnen und Bürger müssen Einschränkungen und Einschnitte hinnehmen, nur bei der Alimentierung sogenannter Flüchtlinge wird nicht gespart. Migrationsfinanzierung ist offenbar systemrelevant.

Schließlich behauptet die Staatsregierung in ihrem aktuellen Finanzplan, dass Bayern das Land der soliden Staatsfinanzen sei. Das war auch einmal richtig, heute ist das allerdings nicht mehr der Fall; denn schon vor Corona hatte Bayern bereits einige finanzielle Altlasten zu tragen. Dass das natürlich auch noch jahrzehntelang so bleiben wird, sieht man am Haushalt 2021. Auch hier ist kein Umsteuern bei der Verschuldung zu erkennen. Die Staatsregierung ist vielmehr der Ansicht, dass ein blindes Ansparen gegen die Krise nicht vertretbar wäre. Sie hält es aber für vertretbar, unseren Kindern einen unüberschaubaren Schuldenberg zu hinterlassen. Allein um die Schulden für den Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuzahlen bräuchte es nach jetziger Planung über 20 Jahre. Jetzt rechnen wir die Schulden, die wir bereits vor Corona hatten, noch obendrauf. Da wird allen klar, dass Bayern unter einer CSU-Regierung in diesem Jahrhundert nicht mehr schuldenfrei wird.

Insgesamt ist dieser Einjahreshaushalt ein Armutszeugnis: Alles soll auf Pump und auf Kosten kommender Generationen weiterlaufen. Schuldentilgung wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Darum sollen sich wohl irgendwann andere kümmern. Die künftigen Generationen haben aber jetzt schon eine Stimme im Parlament, nämlich uns von der AfD. Wir verfolgen keine globalistische Agenda, sondern wir dienen Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Wir schielen eben nicht nur auf den nächsten Wahltermin, sondern wir denken langfristig. Das Coronavirus wird in zwei Jahren vergessen sein. Was aber bleiben wird,

das ist der ungeheure Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben: der Schaden an unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die bankrotten Unternehmen, die Arbeitslosigkeit, der von Ihnen angehäuften Schuldenberg. – Daher fordere ich Sie erneut auf: Geben Sie zu, dass Ihre Angstpolitik gescheitert ist! Hören Sie auf, Corona für politisch-gesellschaftliche Experimente zu missbrauchen und kehren Sie zurück auf den Pfad der wirtschaftlichen Vernunft!

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Fabian Mehring gemeldet. – Herr Mehring, bitte.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Frau Ebner-Steiner, zwei Fragen zu Ihrem, für mein Empfinden, in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Vortrag: Zum einen wirbt Ihre Fraktion seit mehreren Monaten dafür, die Corona-Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung einzustellen. Sie haben jetzt die Corona-Politik mit finanziellen Herausforderungen in Verbindung gebracht. Deshalb frage ich Sie: Konnten Sie zur Kenntnis nehmen, wie sich die Dinge in den Ländern entwickelt haben, die Ihrer Strategie gefolgt sind und jetzt zu unserer Strategie gewechselt sind? Ist es nicht so, dass all die Länder, die auf Ihr Konzept gesetzt haben, jetzt die allergrößten wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen zu meistern haben? – So viel zum einen.

Zum anderen ist mir aufgefallen, dass Ihre Fraktion, wie schon häufig in der Vergangenheit, den Plenarsaal verlässt, wenn Sie ans Rednerpult treten. Das fällt nicht auf in der Kamera von AfD-TV, in die Sie sprechen. Deshalb frage ich an dieser Stelle offiziell nach: Muss ich davon ausgehen, dass das, was Sie heute vorgetragen haben, Ihre Einzelmeinung darstellt, die noch nicht einmal von der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag getragen wird?

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Lieber Herr Mehring, vielen Dank für die Frage. Sie sollten sich hier erst einmal anständig benehmen, dann beantworte ich Ihnen das nächste Mal gerne wieder eine Frage.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Denken Sie an Ihre Maske, Frau Ebner-Steiner! Frau Ebner-Steiner, Sie haben Ihre Maske vergessen. Ich habe Sie daran erinnert, sie anzuziehen.

(Unruhe bei der AfD)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stärke zeigt sich in der Krise. Unser Finanzminister Albert Füracker hat in dieser Krise, genauso wie die gesamte Bayerische Staatsregierung, Stärke bewiesen. Dafür sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte mich aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss bedanken. Es war für alle ein durchaus herausforderndes Jahr. Ich denke, wir haben gut zusammengearbeitet und sind den Herausforderungen gerecht geworden. Ich denke, auch das hat Dank verdient, allen voran unser Vorsitzender Josef Zellmeier, der das Ganze souverän gemanagt hat und auch die schwierigen Entscheidungen, die wir zu treffen hatten, gut vorbereitet hat, sodass wir sie auf breiter Grundlage treffen konnten. Auch das ist eine Stärke von Politik. Das ist eine Stärke dieses Parlaments. Herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein dritter Dank gilt wie jedes Jahr denen, die es uns ermöglichen, dass wir hier viel Geld ausgeben können, nämlich den Steuerzahlern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmern. Mein Dank gilt denen, die durch ihren Fleiß, ihren Unternehmergeist und durch ihre Kreativität dazu

beitragen, dass Bayern da steht, wo es steht. Ich habe da schon eine etwas andere Sicht als zwei meiner Vorredner.

Ich darf ganz kurz auf das eingehen, was die Frau Kollegin Köhler gesagt hat. Frau Kollegin Ebner-Steiner, Sie werden es mir nicht übel nehmen, aber Ihre Ausführungen sind schlichtweg nicht kommentierungsfähig.

(Zuruf)

Sie sind nicht kommentierungsfähig. Tut mir leid. Darauf kann ich keine sachlichen Antworten geben. Das entbehrt wirklich jeder Grundlage. Tut mir leid. Ich wende mich deswegen der Frau Kollegin Köhler zu, die zwei Punkte genannt hat, auf die ich gerne eingehen möchte.

Sie und die GRÜNEN im Allgemeinen betonen immer die Verantwortung für künftige Generationen. Sie tun so, als ob Sie diejenigen wären, die die Verantwortung für künftige Generationen ernster nähmen als andere. Das kann man als Eigenmarketing durchaus betreiben.

(Zuruf)

In dieser Krise hat sich aber gezeigt, dass Sie und Ihre Parteigänger hier nicht auf dem richtigen Weg sind. Ich kann mich noch gut erinnern: Kurz vor der Corona-Krise liefen die "Fridays for Future"-Anhänger durch die Straßen und haben gebrüllt: "Wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!"

Was haben wir aus dieser Pandemie gelernt? – Wir waren zumindest in zwei Bereichen sehr gut gerüstet. Wir haben eine robuste Wirtschaft, und wir haben stabile Finanzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Generationen vor uns, wenn unsere Eltern und Großeltern nicht aufgebaut hätten, dann wären wir in dieser Pandemie ganz anderen Herausforderungen begegnet. Wir haben – Gott sei Dank – eine stabile Wirt-

schaft. Das ist die Wirtschaft, die wir haben, und nicht die Wirtschaft, von der Sie vielleicht träumen.

Wir haben sehr stabile Finanzen. Der Finanzminister hat das bereits dargestellt. Wir haben in guten Zeiten Schulden abgebaut. Wir haben vor Corona eine minimale Verschuldung gehabt. Wir sind hier deutschlandweit, sogar weltweit führend. Deswegen konnten wir sagen: Wie viel brauchen wir denn zur Krisenbewältigung? Wie viel? Brauchen wir zehn Milliarden, zwanzig Milliarden Euro oder brauchen wir mehr? – Andere hätten gar nicht die Wahl gehabt, zu fragen: Wie viel brauchen wir denn? Sie hätten Mühe gehabt, überhaupt Geld zu bekommen.

Wir haben gute gewachsene Strukturen in der Wirtschaft, bei den Finanzen und auch in der Gesellschaft. Ich möchte das an dieser Stelle ganz besonders betonen: Wir sind auch deswegen so gut durch die Krise gekommen, weil wir eine sehr gut funktionierende Gesellschaft haben. Unsere Gesellschaft besteht nicht aus Egoisten, sondern aus Menschen, die zusammenhalten, die aufeinander aufpassen und eine solche Krise solidarisch meistern. Darauf können wir alle stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Wo standen wir denn im Frühjahr 2020? – Der Finanzminister hat im Nachtragshaushalt anlässlich Corona zehn Milliarden Euro bekommen. Kurze Zeit später musste er wieder zu uns kommen und sagen: Ich brauche noch Geld.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Wir haben überlegt, wie viel wir denn brauchen. Der Finanzminister hat zehn Milliarden Euro vorgeschlagen. Manche haben gesagt: Das wird vielleicht nicht reichen. – Der Finanzminister hat damals gesagt: Ich kann euch sicher sagen, es wird bis in den Herbst hinein reichen. Im Herbst müssen wir überlegen, ob wir noch mehr brauchen. Zunächst aber reichen die zehn Milliarden Euro.

Das war ein kluger Vorschlag. Wir sind diesem klugen Vorschlag gefolgt. Jetzt dürfen wir – Gott sei Dank – feststellen, dass wir die zwanzig Milliarden Euro knapp zur Hälfte gebraucht haben; den Rest werden wir aber trotzdem benötigen. Das war eine Punktlandung. Auch das ist gute und vorausschauende Haushaltspolitik der Staatsregierung und des Parlaments, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist das Wort "Blankoscheck" gefallen. Ich halte diese Bezeichnung durchaus für richtig. Wir haben der Staatsregierung zwanzig Milliarden Euro gegeben und haben gesagt: Damit könnt ihr relativ frei handeln. – Wir haben keine klaren Vorgaben gemacht, das Geld dafür, dafür oder dafür auszugeben. Wir wollten nicht, wie der Kollege Zellmeier gesagt hat, kurzfristig wieder vor der Situation stehen, nachsteuern zu müssen.

Das ist ein gewaltiger Vertrauensvorschuss, der in der Verfassung grundsätzlich gar nicht vorgesehen ist. Die Staatsregierung hat diesen Vertrauensvorschuss aber zu einhundert Prozent gerechtfertigt. Wir können nun sagen: Jawohl, wir haben es richtig gemacht. Die Staatsregierung hat das Geld so ausgegeben, wie wir erwartet haben: sinnvoll, zielgerichtet und krisenbewusst!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden natürlich auch noch Geld für 2021 brauchen, weil die Krise noch nicht vorbei ist. Deshalb gab es 1,5 Milliarden Euro quasi blanko, allerdings unter Zustimmungsvorbehalt. Das war ein Wunsch des Parlaments, aber auch ein Wunsch des Ministers; auch das sollte man hier einmal betonen. Es war nicht so, dass wir ihn zum Jagen tragen mussten. Er ist auch Parlamentarier. Deswegen war das, ganz klar, ein einheitlicher Wunsch von Parlament und Finanzminister. Wir haben gesagt: Das machen wir so. Das ist gut so. Das ist richtig so. – Das bedeutet, dass das Parlament auch bei den 1,5 Milliarden Euro seine Kontroll- und Zustimmungsrechte in vollem Umfang wahrnehmen kann und wird.

Haushaltspolitik wird häufig von den Ausgaben her gesehen. Ich sage Ihnen: Gerade diese Krise zeigt, dass wir Haushaltspolitik auch von den Einnahmen her diskutieren müssen. Wir haben im nächsten Jahr Steuermindereinnahmen von 3,7 Milliarden Euro. Wir haben gesehen, was es heißt, wenn man die Wirtschaft durch einen Lock-down herunterfahren muss. Wir haben gesehen, was es heißt, wenn es nicht mehr Zuwächse zu verteilen gibt, sondern wenn man sich auch einmal auf das Wesentliche und Wichtige zu konzentrieren hat und Wünschenswertes auf die lange Bank schieben muss.

Wir wollen den Haushalt von den Einnahmen her denken. Dieser Haushalt hat deshalb einen ganz klaren Schwerpunkt bei den Investitionen in die Zukunft. Ich kann da nur sagen: Die Hightech Agenda ist nicht das Lieblingskind von irgendjemanden, sondern ist verantwortungsbewusste Zukunftspolitik. Die Hightech Agenda stärkt unsere Wirtschaft, stärkt damit den Wohlstand der Menschen, stärkt unsere Freiheit und stärkt unsere Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir setzen eine Hightech Agenda Plus. Wir betreiben kein schädliches Industrie-Bashing, insbesondere nicht gegen die Automobilindustrie. Wir setzen unser Know-how für die Lösung von Zukunftsfragen ein. Darin liegt auch der große Unterschied zwischen den FREIEN WÄHLERN und der CSU einerseits und den GRÜNEN andererseits. Ihr meint, dass verantwortungsvolle Politik für die Zukunft heißt, den Leuten Dinge zu verbieten und ihnen zu sagen, sie müssten sich einschränken, das müsse weniger werden. Was das schöne Wort der Flugscham betrifft: Wir setzen gegen Flugscham CO<sub>2</sub>-neutralen Luftverkehr; das muss doch die Zukunft sein. Wir müssen die Herausforderungen bewältigen, anstatt uns ängstlich davor zu verkriechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, wie haben Sie gesagt? Wir hätten Prämien für Chaosbewältigungsmaßnahmen ausreichen sollen. "Chaosbewältigungsmaßnahmen"? – In welcher

Welt leben wir? – Wir haben diese Krise hervorragend bewältigt. Bei uns gab es kein Chaos, wie Sie es sich da ausmalen. Gut, Ihre Welt – unsere Welt – vielleicht leben wir tatsächlich in Parallelwelten.

Ich danke all denen, die es geschafft haben, dass wir nicht im Chaos versunken sind. In solch einer Krise ist es nicht arg schwer, dass ungeordnete Verhältnisse auftreten. Es ist in Deutschland und in Bayern hervorragend gelungen, das zu vermeiden. Auch dafür vielen Dank an diejenigen, die es zu verantworten haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir lösen die Zukunftsfragen der Menschheit mit unserem Know-how und tragen damit eine gewisse Verantwortung für die gesamte Welt, weil wir über ein Know-how verfügen, das andere in der Form vielleicht nicht haben. Deswegen bin ich sehr froh und stolz darauf, dass wir dieser Verantwortung über die Hightech Agenda Plus und über andere Maßnahmen gerecht werden.

Dann komme ich zu der Frage: Kann man denn die Einnahmen durch Steuererhöhungen regulieren? Ich schaue jetzt auf diese Seite: Es gab einmal eine Regierung Schröder/Fischer, die bis 2005 im Amt war. Ich sehe schon die missmutigen Gesichter, weil Sie wissen, was ich sagen werde. Sie hat gegen die Krise angekämpft, indem sie Steuern gesenkt hat, insbesondere den Spitzensteuersatz, und durch Hartz IV. Ich weiß, dass Sie das nicht so gerne hören. Aber es ist die Wahrheit, und es war richtig, denn es ist verdammt noch mal eben nicht so, dass die Steuersätze über die Steuereinnahmen entscheiden, sondern die Frage ist: Wie hoch sind die Unternehmensgewinne? Wie hoch sind die Realeinkommen? Wie stark ist die Wirtschaft? Und: Gute Wirtschaft bedeutet hohe Steuereinkommen, schlechte Wirtschaft bedeutet schlechte Steuereinnahmen. Das ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun noch zu den Ausgaben. Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Der Finanzminister hat den kommunalen Finanzausgleich angesprochen. Jawohl, da haben wir wieder ein starkes Zeichen, ein verdammt starkes Zeichen gesetzt. Das sage ich als früherer Oppositionspolitiker. Ich schaue Harald Güller an; gemeinsam haben wir für 15 % an der Verteilungsmasse gekämpft. Das müssen wir nun nicht mehr, weil zwischenzeitlich die Gewerbesteuerumlage wegfällt. Das heißt, wir haben faktisch die 15 % erreicht. Wir haben für die Kommunen zehn Milliarden Euro bereitgestellt. Ich kann schon sagen: Die Haushaltsvoraussetzungen für die Kommunen sind weitaus besser als die des Freistaats, weil wir sehr, sehr viel unserer Steuereinnahmen, die wir für die Kommunen treuhänderisch verwalten, an die Kommunen abgeben. Da haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Die Kommunen dürfen und können dankbar sein, dass wir so handeln.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, speziell von der SPD, eines muss ich schon sagen: Der Freistaat Bayern muss sich auf seine Zuständigkeiten konzentrieren. Deswegen kann ich es überhaupt nicht verstehen und nicht billigen, dass wir uns im Bayerischen Landtag Gedanken darüber machen, ob wir irgendwelchen klammen Kommunen in Nordrhein-Westfalen unter die Arme greifen. Das geht nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Beim Thema Wirtschaft habe ich vergessen, noch Folgendes anzusprechen: Wir haben eine ganz wichtige Entscheidung getroffen, die dem einen oder anderen gar nicht mehr so sehr präsent ist: Wir haben, um gewachsene Strukturen zu erhalten, was in dieser Krise unser wichtigstes Ziel war, mit 46 Milliarden Euro – 46 Milliarden Euro! – einen BayernFonds aufgelegt. 46 Milliarden Euro! Das hätte sich kein anderes Land in dieser Form ohne Weiteres leisten können. Wir tun es, um die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Bayern und seiner Menschen zu gewährleisten. Auch das ist ein ganz starkes Signal und vielleicht eine der wichtigsten Entscheidungen, die wir in diesem Jahr getroffen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Lieber Kollege Güller, ein BayernFonds ist nicht etwas für ein paar Wochen. Ich sprach von Zukunft und nicht davon, wie nächste Woche die Bundesligatabelle aussieht.

Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Ein wichtiger und wesentlicher Schwerpunkt für die Zukunft ist die Bildung. Da sind wir uns, glaube ich, über die Fraktionen hinweg einig. Wir haben 1.500 neue Lehrerstellen geschaffen. Der Kultusminister hat auch darum gekämpft, dass die Bezahlung, speziell im Bereich der Grund- und Mittelschulen, sukzessive angepasst und erhöht wird. Wir haben einen Kultusminister, der für seine Lehrer, für die Schülerinnen und Schüler und für die Familien kämpft. Das hat er in dieser Krise in herausragender Weise getan und bewiesen, auch bezüglich der Haushaltsberatungen. Bei den Haushaltsberatungen – das muss man natürlich schon sagen – gibt es aus jedem Ressort sehr berechtigte Wünsche und Anliegen. Aber unser Kultusminister hat für sein Haus sehr gut verhandelt. Die Staatsregierung hat dem Thema Bildung eine hohe Priorität beigemessen. Auch dafür sage ich der Staatsregierung und den Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte zum Schluss noch folgenden Punkt ansprechen, der in dieser Krise auch besonders wichtig war, nämlich den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Beim Stichwort "Zusammenhalt in unserer Gesellschaft" sage ich auch: Diejenigen aus den Parallelwelten, die der Meinung sind, das Grundgesetz sei aufgehoben oder infrage gestellt, sollten sich mal vorstellen, wie sie nach draußen gehen und demonstrieren könnten, wenn sie in einem Land leben würden, in dem es keine Grund- und Freiheitsrechte gibt. Vielleicht können Sie es machen. Schauen Sie zum Beispiel nach Minsk zu Lukaschenko, was dort den Leuten passiert. Es gibt auf dieser Welt beileibe noch schlimmere Diktaturen, als Sie sich vorstellen.

Ich möchte daher schon mal sagen: Ich finde es hervorragend und ermutigend, dass sich fast 100 % unserer Gesellschaft davon nicht haben beeindrucken lassen, sondern dass sie in dieser Krise nach wie vor solidarisch zusammenstehen, wenngleich es gewaltige Einschränkungen gibt, die wir Einzelnen zumuten. Deswegen müssen wir das Ehrenamt stärken. Deswegen müssen wir die Vereine und Verbände stärken, die sich dafür starkmachen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Sports und der Kultur. Ich sprach es bereits an. Auch das ist wesentlich und wichtig. Auch das ist Grundlage für ein gutes Zusammenleben der Menschen hier in Bayern. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Aber das gibt uns auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das weiter so bleibt.

Ich freue mich auf interessante Beratungen im Haushaltsausschuss im Februar und März und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Pohl, Sie können am Rednerpult bleiben; es gibt drei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Pohl! Zunächst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie ganz klar ausgesprochen haben, dass nur zehn der insgesamt zwanzig Corona-Milliarden gebraucht wurden. Ich darf bemerken, dass Sie trotzdem den vollen Betrag von zwanzig Milliarden Euro in den Haushalt gestellt und verplant haben. Sie geben noch nicht einmal die noch freien 1,5 Milliarden Euro zurück, sondern wollen auch diese – in Absprache mit dem Landtag – ausgeben.

Zu Ihrer Bemerkung zur Chaosbeseitigungspolitik: Dafür sind Sie als FREIE WÄHLER direkt verantwortlich. Seit heute gibt es wieder vermehrt Distanzunterricht. Seit heute geht auch die Plattform "mebis" wieder nicht. Wenn das kein Chaos ist! Sie wurschteln seit Wochen mit einem halben Lockdown herum, mal vor, mal zurück. Manchmal werden Maßnahmen wieder zurückgenommen. Wahrscheinlich droht uns trotzdem noch

ein Lockdown. Das ist ein Chaos. Unsere Leute arbeiten Tag und Nacht in den Schulen und den Ämtern. Das ist ein Chaos! Da hilft keine Prämie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin Köhler, zu Ihrer ersten Bemerkung: Ich habe gesagt, dass knapp die Hälfte der Mittel ausgegeben ist. Ich habe nicht gesagt, dass der Rest nicht benötigt wird. Selbstverständlich wird er benötigt.

Zum Thema Chaos: Hier machen Sie mich ein Stück weit betroffen. Ich kenne jetzt Ihre Definition von Chaos. Ich habe aber etwas mehr Respekt vor Menschen, die in Ländern leben müssen, wo es tatsächlich Chaos gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Herr Pohl, ich kann mich nur wundern, wie breitbeinig Ihre Regierung und Ihr Finanzminister hier auftreten. Dabei hat der Finanzminister eine desaströse Bilanz. Wir haben Schulden über Schulden. Das ist völlig beispiellos. Wir haben so etwas noch nicht erlebt. Würde jemand privat so wirtschaften, hätte er zu Hause keine Brotkruste zu essen, oder er wäre wegen Insolvenz schon längst eingesperrt.

Im Besonderen kann ich mich nur darüber wundern, dass Sie sagen, wir wären so gut durch diese Krise durchgekommen. Letzte Woche haben wir hier im Plenum von der CSU gehört, es gäbe überhaupt keine Krise. Haben Sie denn noch irgendeine Realitätswahrnehmung? Meine Frage lautet: Sind Sie auch der Auffassung, dass die Menschen den Berg noch vor sich haben, oder haben wir alles schon bewältigt? Vielleicht gibt es auch gar keine Krise. Meiner Meinung nach wird das Schlimme für die Bürger und die Finanzen erst im nächsten Jahr kommen.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Ich muss mich jetzt wirklich zusammenreißen, um nicht persönlich zu werden. Sie sind Professor, aber sicher nicht für Wirtschaftswissenschaften. Mehr ist zu diesen Ausführungen nicht zu sagen. Wenn Sie von Bergen reden, dann sind Sie Flachländer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP gemeldet.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Herr Kollege Pohl, Sie haben dargelegt, wie wichtig die Hightech Agenda und die Hightech Agenda Plus sind. Ich habe von keinem ernst zu nehmenden Redner vorhin gehört, dass er das infrage stellen würde. Die einzige Frage, die gestellt wurde, lautete, wie das finanziert werden soll. Ihnen ist doch sicherlich geläufig, welche Bedingungen in der Erläuterung zu dem Kapitel 13 19, zu dem Sonderfonds Corona, genannt sind. Ich bekomme beim besten Willen nicht zusammen, wie die Hightech Agenda Plus unter diese Kriterien zu bringen ist. Sie müssen mir erklären, wie Sie das schaffen.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, zunächst einmal freue ich mich, dass ich jetzt wieder eine ernst zu nehmende Frage beantworten darf. Ich habe gesagt, dass für mich die Ausgaben für die Hightech Agenda eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür sind, dass wir auf der Einnahmenseite dauerhaft stark sind und stark bleiben. Das ist die Grundlage für einen funktionierenden Haushalt, aus dem dann auch wichtige Dinge finanziert werden können. Dafür brauchen wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. – Der Wissenschaftsminister kommt gerade herein. Er und Herr Staatsminister Hubert Aiwanger, das sind die beiden Köpfe, die dafür verantwortlich sind, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich sehr wohl gehört, dass die Hightech Agenda ein Lieblingskind unseres Ministerpräsidenten sei und man diese eigentlich einstampfen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Pohl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

**Harald Güller (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, bevor wir in die Einzelheiten des Haushaltes einsteigen, müssen wir heute definieren, was der Staatshaushalt 2021 zu leisten hat. Für die SPD hat er zwei Punkte zu leisten:

Erstens. Wir müssen alle notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, um die Pandemie an sich bekämpfen zu können. Wir brauchen kurzfristiges Geld für das Gesundheitswesen, für Teststrecken, Impfzentren, die Vorbeugung und die Versorgung von Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Wir brauchen Ausrüstung für die Schulen, vor allem der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen auch Ausstattung für die Kitas.

Zweitens. Neben der Finanzierung der Maßnahmen für die Pandemiebekämpfung muss es der Haushalt leisten, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die akuten aktuellen Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Wir brauchen Mittel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Selbstständigen und im allgemeinen Sinne für die Wirtschaft.

Das ist aber für einen solchen Haushalt nicht ausreichend. Mit dem Haushalt müssen wir, gerade in einer angespannten Situation, einer Krisensituation, kraftvoll und entschlossen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns investieren. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in einem Krisenjahr mehr tun, als die Mehrheit in diesem Hause in den letzten Jahren tatsächlich zu tun bereit war. Ich glaube, bei einigen Themen haben Sie eingesehen, dass nachgesteuert, umgesteuert und mehr getan werden muss.

Aus einer Krise spart man sich nicht heraus, sondern man wächst aus einer Krise heraus. Ein Herauswachsen aus einer Krise ist nur durch Investitionen möglich. Wir müssen deswegen Geld in die Hand nehmen. Das ist keine Frage. Das ist auch die Richtung Ihres Haushalts. Herr Finanzminister Füracker, Sie haben gesagt, wir müssten alles tun, was zur Krisenbewältigung notwendig ist. – Ja, dazu gehören kraftvolle In-

vestitionen. Wir werden dabei aber sicherlich über den einen oder anderen Punkt noch zu diskutieren haben.

Frau Kollegin Köhler von den GRÜNEN, nach unserem Verständnis ist dieses Investieren, dieses Geldausgeben wichtig für die Kinder Bayerns und für unsere Enkelkinder. Deswegen ist es in einem Krisenjahr gerechtfertigt, in die Rücklage zu greifen und Kredite für sinnvolle Investitionen und für sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen nicht, wie es nach dem Jahr 2020 weitergehen wird. Ehrlich gesagt, wissen wir noch nicht einmal, wie es im Januar, Februar und März weitergehen wird. Nach unserer Auffassung ist es deshalb vertretbar, einen Haushalt nur – dieses "nur" in Anführungszeichen – für das Jahr 2021 aufzustellen und nicht einen Doppelhaushalt, wie das normalerweise der Fall wäre. Das ist richtig und vertretbar. Allerdings muss auch geklärt sein, dass für die wichtigen Zukunftsinvestitionen im Haushalt genügend Verpflichtungsermächtigungen vorhanden sind, damit Klarheit darüber besteht, wie es mit den Planungen weitergeht. In den Institutionen und den betroffenen Bereichen muss Klarheit darüber bestehen, dass ihre Finanzierung auch im Jahr 2022 und folgende weiterläuft.

Die Staatsregierung hat noch vor der Vorlage des Entwurfs bei uns angekündigt, ihre Eckpunkte für den Jahreshaushalt 2021 seien: Sicherheit, Stabilität und Zukunft auch in der Krise mit den Schwerpunkten bei Familie, Bildung, Technologie und Forschung. Bayern investiert kraftvoll in die Krisenbewältigung. Die Rede ist von einem Konjunkturprogramm zum Durchstarten aus der Krise mit diesen Schwerpunkten. Interessanterweise findet sich der Schwerpunkt Familie in der Presseerklärung der CSU und der FREIEN WÄHLER nicht mehr. Ich glaube aber, wir werden Ihnen da noch auf die Sprünge helfen, dass die einzelnen Punkte verankert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es klar zu sagen: Diese Ankündigung und auch Teile dessen, was Sie im Entwurf umgesetzt haben, gehen für die SPD in die richtige Richtung, sind im Kern richtig gewählt und finden unsere Zustimmung. Wir werden den Haushaltsentwurf 2021 deshalb nicht in Bausch und Bogen verdammen oder ablehnen. Eine erste Analyse des Entwurfs zeigt aber auch: Sie kündigen in vielen Bereichen den richtigen Weg an, gehen ihn aber nicht konsequent. Eine ganze Reihe von Unebenheiten sind auf Ihrem eingeschlagenen Weg. Schlaglöcher werden nicht repariert, und die eine oder andere Begradigung des Weges ist dringend notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben dieser Zustimmung zur Wahl des Weges steht für uns fest: Es braucht deutliche Verbesserungen, neue und deutliche Änderungen in Ihrem Entwurf.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, man kann jedoch – wenn ich das ernst nehme, was Sie gesagt haben – die Beratungen im Ausschuss gemeinsam machen und auch aufeinander zugehen, zwar nicht Anträge in Punkt und Komma übernehmen, aber die Richtung übernehmen, sich auf neue Zahlen und neue Schwerpunkte einigen. Man kann diesen Haushalt gemeinsam verabschieden, wenn man das will. – Lassen Sie mich zu ein paar Punkten des Haushalts kommen.

Die schon mehrfach genannte Hightech Agenda Plus, das bayerische Konjunkturprogramm, ist insgesamt richtig angelegt. Wir haben aber noch ein paar Fragen dazu, nämlich ob die personelle Umsetzung tatsächlich so gelingen kann, wie Sie es sich vorgestellt haben, weil sehr viel aus Personalmaßnahmen besteht. Fraglich ist auch, ob alle Fördermaßnahmen, die Sie zur Implementierung von Änderungen bei Firmen in Förderprogrammen hinterlegt haben, so zielsicher sind.

Diese Agenda ist insgesamt richtig. Sie greift allerdings in einem Punkt noch zu kurz: Das ist das Thema Substanzerhalt bzw. Investitionen in unsere Hochschulen – Universitäten und Fachhochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Da ich gerade bei der Wissenschaft bin, erwähne ich: Es fehlt generell der Bereich Kultur. Wir könnten uns bei der Kultur vorstellen – da der Staat ein wichtiger Nachfrager auf dem Markt ist –, nicht nur für Leuchtturmprojekte in und um München, sondern auch in ganz Bayern stärkere Akzente zu setzen.

Ich habe den Eindruck, dass die Hightech Agenda Plus ein guter Ansatz ist. Wir brauchen aber Nachschärfungen. Man kann sagen: stark angefangen, aber dann stark nachgelassen – oder um es höflicher zu formulieren: nicht konsequent in allen Bereichen weitergearbeitet.

Ich möchte zu vier Bereichen kommen, bei denen wir Sozialdemokraten in den nächsten Wochen ein zentrales Interesse haben, mit Ihnen zu Einigungen zu kommen und nicht nur Anträge zu stellen. Wir wollen schauen, was wir mit diesem Haushalt noch zusätzlich anstoßen können. Herr Finanzminister, da geht es tatsächlich nicht darum, Dinge gegeneinander auszuspielen und einiges nicht zu machen. Wir müssen uns überlegen, ob es notwendig ist, in einigen Bereichen noch mehr zu tun. Das kann tatsächlich über eine Neuverschuldung, über die Rücklage, über den Pensionsfonds oder über den Überschuss im Sonderfonds Corona-Pandemie gehen.

Als Erstes komme ich zum ÖPNV und dem Schienenpersonennahverkehr – SPNV. In die umweltgerechte und klimaschützende Mobilität muss für die Menschen und unsere Umwelt investiert werden. Zwei Dinge möchte ich dazu ansprechen. Einerseits brauchen wir mehr Bestellungen, neue Strecken, die Reaktivierung von Strecken und Investitionen in neue Antriebsformen, wo eine Elektrifizierung nicht vorhanden ist und in der Gesamtabwägung vielleicht keinen Sinn hätte.

Andererseits brauchen wir Investitionen in die Bereitschaft der Menschen, den Verkehrsträger zu wechseln. Dazu gehört ein 365-Euro-Ticket nicht nur für Schüler, Studenten und Auszubildende, sondern für alle Menschen in Bayern. Langfristig gehört

auch das Thema "kostenfreier ÖPNV" dazu – aber, wie gesagt, das gehört langfristig dazu. Lassen Sie uns deswegen in diese beiden Teile einsteigen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns auch die Verkehrsverbände im kommenden Jahr absichern. Der Rückgang der Zahl der Nutzerinnen und Nutzer kann nicht zur Folge haben, dass weniger Fahrzeuge eingesetzt werden. – Nein, gerade in der Pandemiezeit müssen die Verbindungen eher ausgebaut als gestrichen werden. Das erzeugt bei den Trägern und bei den Anbietern jedoch zusätzliche Defizite. Lassen Sie uns darüber reden.

Zweitens, Bildung und Digitalisierung: Geräte zur Digitalisierung sind nicht alles. Sie haben hier tatsächlich etwas getan. Ich habe Verständnis dafür, dass Tausende PCs und Laptops jetzt nicht sofort zur Verfügung stehen und ausgepackt werden können. Es mangelt aber noch an der Systembetreuung, der Aus- und Fortbildung, aber auch beim Netzausbau. "Ausbau" heißt nicht nur, dass die einzelne Schule angeschlossen ist, sondern natürlich auch, dass die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer von zu Hause aus Zugang zu digitalen Angeboten haben. Das wird auch nach der Pandemie wichtig sein. "Ausbau" heißt auch, dass datenschutzkonforme Programme zum Einsatz kommen und diese verlässlich funktionieren. Mit Verlaub gesagt, was momentan abläuft, spottet jeder Beschreibung. Man hätte deutlich früher tätig werden müssen; erlauben Sie mir diese Anmerkung außerhalb der Debatte über den Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt betrifft die soziale Infrastruktur. Bei der Wohnraumförderung geht es um die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Die 150 Millionen Euro, die bisher für die Eigenheimzulage vorgesehen waren, die, wie wir es befürchtet hatten, nicht zielgerichtet war und keinen großen Erfolg hatte, werden heuer nicht etatziert. Wir glauben, dass wir dieses Geld an anderer Stelle für direkte Wohnraumförderung und zum Bau eigener Wohnungen einsetzen können. Ich sage bewusst "Bau

eigener Wohnungen". Das ist keine Kritik an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BayernHeim. Sie können nur das machen, was ihnen vom Freistaat vorgegeben wird. Aber dass die Haupttätigkeit im Kauf von bestehendem Wohnraum liegt, statt darin, neuen Wohnraum zu schaffen und die Initiative zu ergreifen, war so nicht geplant. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir in diesem Jahr ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne als zweites Beispiel zum Thema soziale Infrastruktur die Qualitätsoffensive im Bereich von Kitas und der Kinderbetreuung allgemein. Da geht es nicht allein um den Bau und um die Zahl des Personals – hier beschränkt uns der Markt –, sondern es geht auch um die Konzepte, um eine bessere Verzahnung von Kita und Schule, es geht darum, in diesem Bereich insgesamt aktiver zu werden. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Wir werden einen Idealzustand sicherlich nicht mit ein oder zwei Anträgen hinbekommen, aber wir müssen uns haushälterisch hinterlegt auf den Weg machen, in diesem Bereich besser zu werden und die soziale Infrastruktur zu fördern. Auch dies ist ein wichtiger Punkt für die Sozialdemokratie.

Der vierte und letzte Punkt betrifft die Modernisierungsoffensive für die öffentliche Gesundheitsversorgung. Ich meine hier mehr als die getroffenen und zu treffenden Akutmaßnahmen wie Maske, Personal, Testkonzept und deren Umsetzung. Ich meine unsere Investitionen in die Gesundheitsämter, in die Krankenhäuser, in die Pflege – ob das Kranken- oder Altenpflege ist –, sowohl im baulichen Bereich als auch und vor allem im Humanbereich. Die Menschen müssen angemessen bezahlt werden. Die Arbeitsplätze müssen attraktiv werden. Dafür muss an dieser Stelle der Weg gebahnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass Sie nicht allem in Punkt und Komma folgen können. Wir sind jedoch bereit, uns mit Ihnen zusammen auf den Weg zu machen. Dazu braucht man aber Offenheit im Haushaltsausschuss.

Noch ein paar Worte zu einem der zentralen Bereiche, dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Es ist schon toll, was da abgelaufen ist. Die SPD hat gesagt: Den Blankoscheck des zweiten Nachtragshaushaltes über zehn Milliarden Euro unterschreiben wir ohne genaue Festlegungen nicht. Wie sind wir da von CSU und FREIEN WÄHLERN geschimpft worden: Das geht nicht! Wir brauchen das! – Erstens. Sie haben es nicht gebraucht, weil die zehn Milliarden Euro des zweiten Nachtragshaushaltes nicht einmal ausgeschöpft worden sind. Zweitens. In diesem Haushalt geht es jetzt plötzlich, konkrete Festlegungen zu nennen. – Herr Kollege Füracker, herzlichen Dank dafür. Vorher haben Sie vergessen zu erwähnen, dass wir es waren, die dies angestoßen haben. Ich glaube, Sie sind darüber gar nicht so unglücklich, da dies die Neigung Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Ministerrat ein wenig bremst, Milliarden anzumelden, sie dann aber nicht auszugeben, weil sie die einzelnen Programme nicht auf die Reihe bekommen.

Ich sehe mir an, was derzeit in den Programmen läuft: Jugendherbergen: 14,4 Millionen Euro eingestellt, 8 Millionen Euro ausbezahlt. Schullandheime: 5 Millionen Euro eingestellt, 1,9 Millionen Euro ausbezahlt. Jugendhilfeprojekte: 4,3 Millionen Euro eingestellt, 2,3 Millionen Euro ausbezahlt. Im Bereich Wissenschaft und Kunst Studentenwerke: 5 Millionen Euro eingestellt, stattliche null Euro ausbezahlt. Es liegt also nicht an der Veranlagung, sondern oft liegt es am Ausgeben. Wir werden dort nachschärfen. Ab jetzt wird der Haushaltsausschuss für die 1,5 Milliarden Euro, die offen sind – Sie haben die Verantwortung angesprochen –, gerne die Verantwortung übernehmen, zumindest die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch zum Bereich Sozialleistungen. Für die SPD ein ganz klares Bekenntnis auch in Richtung GRÜNE: Ja zum Landespflegegeld und zum Familiengeld. In einer Pandemie und in der heutigen Zeit, in der viele Menschen weniger Einkommen zur Verfügung haben und in der viele Menschen Angst haben, noch weniger zu haben, genau diese Sozialleistungen zu streichen, um etwas anderes gegenzufinanzieren, ist

gesellschaftlich schlicht und einfach falsch und kaltherzig. Deswegen werden wir als SPD dies nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage etwas zum Thema Griff in die Rücklage. – Für was soll denn eine Rücklage sonst da sein, als für Zeiten wie die jetzige? Deswegen tragen wir diese Finanzierung mit. Wir könnten uns auch vorstellen, dass man für sinnvolle Projekte noch den einen oder anderen Euro zusätzlich in die Hand nimmt.

Zum Abschluss, Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie die Themen Mobilität, öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr unter Beachtung des ökologischen Wandels und von Verbesserungen für die Menschen, wenn Sie die Themen Bildung und Digitalisierung, wenn Sie die Themen soziale Infrastruktur mit Wohnraum und Qualitätsoffensive bei der Kita und die Modernisierungsoffensive für das öffentliche Gesundheitswesen aufgreifen, dann haben Sie die SPD an Ihrer Seite, um einen Kompromiss zu schließen und gemeinsam in das schwierige Haushaltsjahr 2021 zu gehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kaltenhauser.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Jahre bin ich jetzt im Landtag und erlebe schon die vierte Haushaltsberatung. Das würde man bei einer langfristigen stabilen Planung so nicht erwarten.

Vorab ein paar organisatorische Anmerkungen. Es ist schon angesprochen worden, dass wir den Haushaltsentwurf am vergangenen Freitagmittag bekommen haben. Ich halte das – gelinde gesagt – für eine Zumutung. Sehr naheliegend ist nämlich, dass es keine unglücklichen Umstände waren, sondern dass es Absicht war, die Frist zur Prä-

sensation des Haushaltes bewusst maximal auszunutzen. Ich finde, das gehört sich nicht. Das zeugt von mangelndem Respekt vor diesem Haus.

(Beifall bei der FDP)

Es passt auch zu dem Bild, das wir von der Corona-Pandemie her kennen, das Parlament so weit wie möglich nicht einzubinden. Im Übrigen heißt es in Artikel 30 der Haushaltsordnung wörtlich, dass der Entwurf des Haushaltsgesetzes spätestens in der ersten Sitzungswoche des Landtags nach dem 30. September einzubringen ist. Die Haushaltsordnung ist wohl völlig in Vergessenheit geraten. Diese Regelung passt der Regierung offenbar nicht so richtig und wird deshalb einfach ignoriert. Kommen Sie jetzt nicht mit dem Argument Steuerschätzung, das wir heute auch schon gehört haben. Sie legen doch einen Entwurf vor, und Entwurf heißt, dass Sie ihn auch ändern können. Die Sonderwünsche der Regierungsfaktionen, was die Fraktionsreserve betrifft, werden ja auch noch eingebaut. Vielleicht könnte man sogar aus dem einen oder anderen Antrag der Opposition noch etwas lernen und etwas ändern. Ich habe also irgendwie den Eindruck, dass der Landtag bei den Haushaltsberatungen nur lästiges Beiwerk ist. So viel dazu.

Ich komme jetzt zum Inhalt. Ich meine, ein moderner Haushalt sollte nachhaltig sein. Ich verwende diesen Begriff ganz bewusst, weil zur Nachhaltigkeit sehr viel mehr gehört als nur die Ökologie, die wir leider immer sehr stark betonen. Für mich gehören auch Ökonomie und Soziales dazu. Über die Ökologie wird sehr oft diskutiert; deshalb will ich mich auf die anderen beiden Punkte beschränken.

Schauen wir uns zunächst einmal die Finanzierungsseite an. Ich beginne mit etwas Positivem. Grundsätzlich begrüßen wir es, dass im nächsten Jahr keine neuen Schulden gemacht werden sollen, zumindest keine Schulden, die über die zwanzig Milliarden Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie hinausgehen. Übrigens finde ich, dass die Formulierung der Staatsregierung, dass keine neuen Schulden gemacht werden, sehr geschickt ist; denn natürlich werden die restlichen Schulden für den Sonder-

fonds Corona-Pandemie im Jahr 2021 gemacht. Natürlich sind das neue Schulden, egal, wie man sie verpackt. Bei Ihnen heißt es aber immer: keine neuen Schulden.

Es wären sogar noch zusätzliche Schulden notwendig gewesen, wenn man nicht in die Rücklage gegriffen hätte. Ende des Jahres 2019 hatten wir 6,5 Milliarden Euro, und – ich glaube, Herr Füracker hat dies einmal gesagt – für Ende dieses Jahres sind ungefähr 8 Milliarden Euro Rücklagen geplant. Wie auch schon Kollege Güller gesagt hat: Rücklagen sind dazu da, um sie in Krisenzeiten zu nutzen. Das ist völlig okay. Wir hatten dies schon früher vorgeschlagen. Ich meine, dass man sogar noch mehr aus der Rücklage hätte nehmen können. Wie dem auch sei: Grundsätzlich stimmen wir zu, Gelder aus der Rücklage zu entnehmen. Natürlich wäre es unangenehm gewesen, wenn man ausgerechnet im Jahr der Bundeskanzlerwahl neue Schulden hätte machen müssen – dies ist aber nur eine Randbemerkung.

Zurück zum Sonderfonds Corona-Pandemie. Wir haben insgesamt 20 Milliarden Euro; davon sind noch einige Milliarden Euro übrig – die ganz genauen Zahlen kenne ich nicht. Nachdem aber die Oppositionsparteien hinreichend lange herumgenörgelt haben, haben wir zumindest wöchentliche Wasserstandsmeldungen bekommen. Herr Minister Füracker, übrigens sind diese Meldungen, die wir bekommen, in gefühlt zehn verschiedenen Berichtsformaten. So viel zum Respekt vor dem Parlament. Ich meine, dass man das auch anders machen könnte.

(Zuruf)

– Das weiß ich. Ich kenne die Regel. Ich weiß auch, dass ich hier nur eine Bitte äußern kann. Trotzdem meine ich, dass es schon ganz hilfreich wäre, wenn wir eine Aufstellung der tatsächlich ausgezahlten Summen, der zu erwartenden Summen und der vom Ministerium zugeteilten Summen bekommen könnten. Vielleicht lässt sich das doch einmal machen. Betrachten Sie das als meinen Weihnachtswunsch.

(Beifall bei der FDP)

Jedenfalls soll der noch nicht ausgeschöpfte Teil der 20 Milliarden Euro auf 2021 übertragen werden. Im Jahr 2020 hatten wir gesagt, dass wir dem zustimmen – das berühmte Wort "Blankoscheck" ist schon gefallen. Wir hatten damals zum Entwurf des ersten Nachtragshaushaltes ausdrücklich gesagt: Ja, wir stimmen dem zu. – Wir hatten dann gesagt, dass wir das genauer wissen wollen. Jetzt meine ich schon, dass es an der Zeit wäre – wir haben genug Erfahrungen mit der Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen –, dies konkreter zu planen. Ein kleiner Versuch ist gemacht worden. Auch die Einbindung des Haushaltsausschusses geht etwas in diese Richtung. Trotzdem hätte ich gerne eine klare Aufstellung darüber, was denn mit diesem Geld noch alles passieren soll. Natürlich kann sich das noch ändern. Kein Mensch weiß, wie sehr uns die Corona-Pandemie im nächsten Jahr noch beschäftigen wird. Ich meine aber schon, dass wir aufgrund der Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, einen Plan aufstellen könnten.

Noch etwas zur Hightech Agenda Plus: Herr Kollege Pohl war leider nicht in der Lage, meine Frage zu beantworten. Er hat sie aber indirekt beantwortet. Er hat nämlich Argumente angeführt – alles Argumente, die genau nicht in den Erläuterungen zum Kapitel 13 19 stehen. Die Frage war also klar beantwortet. Wir dürften die Hightech Agenda Plus daraus eigentlich nicht finanzieren.

Eines fehlt mir auch noch – das ist mir aufgefallen –: In Berlin hört man zunehmend, dass der Bund die Länder hinsichtlich der Corona-Unterstützungsmaßnahmen stärker in die Pflicht nehmen will. Dazu habe ich bisher keinen einzigen versteckten oder offenen Posten gefunden, zu dem ich sagen würde: Ja, dort ist es berücksichtigt oder eingeplant. Vielleicht haben Sie aber bessere Beziehungen in Berlin und können das verhindern. Ich weiß es nicht.

Es ist übrigens nett zu versuchen, den Beginn der Rückzahlungen der Sonderfondsschulden zu verschieben. Ursprünglich stand im ersten Nachtragshaushalt, dass die Rückzahlung 2024 beginnen soll. Interessanterweise ist dies genau das erste Jahr nach der Finanzplanung. Jetzt steht "ab 2025" drin.

(Zuruf)

Dann soll die Rückzahlung begonnen werden. Das ist genau wieder das erste Jahr nach der Finanzplanung.

(Zuruf)

– Gut, dann habe ich die zwei Dinge nebeneinandergelegt und einen falschen Ausdruck gehabt. Ich habe einfach nur die zwei Zeilen aus dem ersten Nachtragshaushalt mit dem jetzigen Entwurf verglichen. – Trotzdem glaube ich, dass wir, wenn wir nicht unmittelbar nach der Krise zu sparen anfangen und nicht an der einen oder anderen Stelle wirklich den Rotstift ansetzen, die nächste Wirtschaftskrise und die nächste Pandemie nicht bewältigen können. Ich bin mir sicher, dass es nicht die letzte Pandemie war.

Wir haben die Verpflichtung, Schulden abzubauen und gegebenenfalls auch wieder Rücklagen zu bilden. Damit habe ich in guten Zeiten überhaupt kein Problem. Aber da bin ich wieder beim Thema Nachhaltigkeit. Rückzahlungen in die Zukunft zu verschieben und die nächste Generation damit zu belasten, ist unverantwortlich. Das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt, und ich bleibe dabei. Ich fordere hier finanzielle Gerechtigkeit gegenüber unserer nächsten Generation.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt schauen wir uns mal die Ausgabenseite an, und zwar einfach nur augenfällige Beispiele. Wie gesagt, man kann in drei Tagen den Entwurf natürlich nicht vollständig und gründlich studieren. Ein Punkt, der mich stört, seit ich hier im Parlament und im Haushaltsausschuss sitze, sind die exorbitanten Summen für Hochbaumaßnahmen. Sie sind mir schon immer ein Dorn im Auge. Da gibt es manchmal unglaubliche Kostensteigerungen im Projektverlauf. Ich habe immer das Gefühl, dass bei öffentlichen Bauten, wenn der Staat baut, irgendwie noch ein paar Prozent mehr draufgeschlagen

werden. Auch gegen die langen Planungsverfahren muss man etwas tun. Sie führen ebenfalls zu enormen Kostensteigerungen.

Mir fehlt hier nach wie vor ein wirksames Kosten-Controlling. Damit kann man Geld einsparen, ohne dass man weniger für sein Geld kriegt. Da kann man wirklich mal ansetzen. Da reden wir wahrscheinlich über dreistellige Millionenbeträge, die wir unter dem Strich einsparen können.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Beispiel sind für mich die Förderprogramme, von denen es eine Vielzahl gibt. Bei vielen Dingen frage ich mich, ob sie wirklich notwendig sind. Manchmal sind auch Förderprogramme ausgelobt, die so gut wie gar nicht ausgeschöpft werden. Wir haben gerade in den letzten ein bis zwei Wochen eine Menge Anfragen an die unterschiedlichen Ministerien gestellt, um zu erfahren, welche Förderprogramme es gibt, wie sie ausgeschöpft sind und was ihre Zielsetzung ist. Ich bin schon sehr gespannt auf die Antworten und glaube, dass hier eine ganze Menge Luft drin ist.

Ein besonderes Beispiel, das heute schon einmal am Rande angesprochen wurde, ist das Ministerium für Digitales. Wir könnten eine ganze Menge Geld sparen, wenn wir die Digitalisierungsaufgaben wirklich einmal in einer Hand zusammenfassen würden.

(Beifall bei der FDP)

Formal hat das Digitalministerium eine Koordinationsfunktion, aber wenn ich mir anschau, in welchen Ministerien diverse DV-Großprojekte aus dem Ruder laufen – Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit –, dann finde ich in jedem Ministerium mindestens ein Projekt, das stark aus dem Ruder läuft. Hätte man da eine echte Koordinierungsfunktion, wäre das schon mal etwas. So, wie es jetzt aufgesetzt ist, kann es – unabhängig vom Budget – nicht funktionieren. Aber das Budget spiegelt nur die tatsächliche Kompetenz wider. Ein echtes Digitalministerium, in dem man die Dinge auch wirklich zusammenfasst, würde uns unterm Strich viel Geld sparen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich gibt es auch noch eine ganze Menge kleinere Ausgaben. Diese werden wir in den einzelnen Änderungsanträgen dann noch präzisieren. Es sind die üblichen Posten wie Landesbeauftragte, Reiterstaffel, Grenzpolizei oder diverse, aber nicht alle Stellenmehrungen. Manche Stellenmehrungen, zum Beispiel in der Bildung oder der Justiz, tragen wir ausdrücklich mit. Aber einige kann man auch streichen. Das werden wir in den Änderungsanträgen adressieren.

Mir ist bei der ersten Lektüre auch aufgefallen, dass manche Ausgaben tatsächlich gekürzt zu sein scheinen. Im Bereich der Obdachlosigkeit haben wir etwas gesehen, bei der BayernCloud haben wir etwas gesehen; wie auch immer: Das werden wir noch genau analysieren. Mich würde auch Folgendes interessieren: Es war die Rede davon, dass die Ministerien 500 Millionen Euro einsparen sollten. Gibt es eigentlich irgendwo eine Liste, welches Ministerium was wo eingespart hat? – Das wäre doch einmal total interessant. Ich weiß, dass das für die einzelnen Ministerien ein bisschen schwierig ist, um das Gesicht nicht zu verlieren oder wie man es nennen möchte; aber das wäre doch einmal eine schöne und interessante Information.

Beim Blick nach vorne ist mir aufgefallen, dass wir in der Pandemie eine Menge an Strukturänderungen haben. Der Ministerpräsident hat es selber in einer Regierungserklärung angesprochen. Ich weiß nicht mehr, in welcher Regierungserklärung es war, denn inzwischen sind es so viele geworden. Viele Strukturen wurden aufgebrochen; manche Strukturen sind resistenter, als man geglaubt hat. So ähnlich hat er es formuliert. Die Bildungslandschaft hat sich massiv verändert. Die Arbeitswelt ist viel mobiler und flexibler geworden. Wir alle wollen nicht unbedingt zum alten Status zurück, aber ich finde im Haushalt sehr wenige Posten, in denen wir diese Entwicklungen aufnehmen und versuchen, sie zu stärken und nach vorn zu bringen. Vielleicht ist das alles versteckt. Mir hat es sich bisher nicht erschlossen.

Erlauben Sie mir einen generellen, übergeordneten Blick. Wir müssen bei allen Ausgaben wirklich einmal auf eine genaue Festlegung achten, welches Ziel wir verfolgen, welche Maßnahmen wir ergreifen und wie wir messen, ob das Ziel mit diesen Maßnahmen auch erreicht wird. Das klingt ganz einfach. Jedes normale Controlling in einem Unternehmen macht das. Bei der Unternehmenssteuerung definiert man die berühmten "Key Performance Indicators". Sie können sie auch einfach Kennzahlen oder anders nennen. Es geht darum, bei jeder Maßnahme zu sagen: Das will man mit der Maßnahme erreichen, und auf diese oder jene Weise misst man, ob man das Ziel erreicht.

Diese zielorientierte Ausgabenpolitik mit Wirkung klingt vernünftig, und jeder wird sofort zustimmen. Ich gebe ein paar Beispiele, wie das tatsächlich ausschauen könnte: Man sagt bei allen Ausgabeposten ab einer gewissen Größe beispielsweise von einer Million Euro, dass man diese drei Dinge aufschreiben muss. Man muss auch regelmäßig evaluieren, also zumindest bei größeren Posten einmal im Jahr, ob man das erreicht hat. Man macht mit diesen Kennzahlen einen Soll-Ist-Vergleich und berichtet den Abfluss aus jedem Ausgabeposten regelmäßig, auch unterjährig, nicht erst zwei Jahre später. Viele Dinge wären der Ausfluss einer solchen Maßnahme. Wir würden sehr, sehr viel mehr lernen. Es würde transparenter werden, und wir würden möglicherweise Fehlsteuerungen viel schneller erkennen. Das wäre einfach mein Wunsch.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir Geld einsparen, haben wir eigentlich wirklich das erreicht, was den Liberalen auf der Fahne steht: Der Staat mischt sich weniger ein, der Bürger hat mehr finanzielle Freiheit und kann in Eigenverantwortlichkeit besser arbeiten, die zukünftige Generation wird weniger belastet. Am Schluss profitieren wir alle davon. Wir werden versuchen, unsere Änderungsanträge in dieser Form aufzuziehen. Das wird bestimmt eine interessante Diskussion, weil es alles sehr viel transparenter macht, wenn ich diesen Maßstab auch an andere Ausgabenpunkte anlegen will.

Noch eine Anmerkung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz, genau genommen eigentlich zur finanziellen Lage der Kommunen – das haben wir formal auch auf dem Plan –. Die Kommunen hatten sicherlich grundsätzlich bei der Gewerbesteuer eine ganze Menge an Einnahmeausfällen. Die FDP war immer der Meinung, dass man das an dem einkommensteuerbasierten System aufbauen sollte. Das führt aber im Moment zu weit. Gut war, dass es da einen Ersatz gibt. Von mir aus muss das kein höherer Ersatz als der ausgefallene Betrag sein; da bin ich schon bei Ihnen. Trotzdem muss eine klare Zusage her, dass es jetzt und auch im nächsten Jahr funktioniert.

Ich habe in den Haushaltsdiskussionen in meiner eigenen Kommune schon erlebt, dass man sehr unsicher war: Kriegt man die Mittel jetzt wirklich oder nicht? Wie soll man den Haushalt jetzt aufstellen? Jetzt ist die Zeit, in der alle Kommunalhaushalte aufgestellt werden. Da muss schon eine gewisse Sicherheit her. Grundsätzlich ist ein Thema, dass die Aufgaben der Kommunen zunehmen und die Schere zwischen dem, was die Aufgaben der Kommunen sind, und dem, was sie an Geld erhalten, aufgeht. Ich sage das bei aller Wertschätzung für den kommunalen Finanzausgleich und respektiere, dass er nicht gesunken ist, sondern zumindest mal das sehr hohe Niveau gehalten hat. Das bestreite ich nicht. Aber hier muss man sich etwas Neues einfallen lassen. In dem ländlichen Bereich wird man auf Dauer nicht mit der jetzigen Form des Finanzausgleichs durchkommen. Da muss man sich ganz grundsätzlich neue Dinge überlegen. Aber die Diskussion ist wahrscheinlich nach der Pandemie zu führen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** – Ja, ich bin beim letzten Satz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es werden sehr interessante Haushaltsberatungen, gerade was die Reste aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie betrifft. Ich freue mich darauf, auch wenn man eine besondere Art von Humor haben muss, um sich darauf zu freuen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion. – Herr Herold, Sie haben das Wort.

**Hans Herold (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es zunächst einmal sehr bemerkenswert und fair, dass unser Haushaltsausschusskollege Harald Güller als Oppositionspolitiker darauf hingewiesen hat, dass der Haushalt für das Jahr 2021 in die richtige Richtung geht. Das kann ich nur unterstreichen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass hier kraftvolle, investive Maßnahmen in die Zukunft vorgesehen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen auch als Kommunalpolitiker, dass unser Staatshaushalt natürlich schon immer einen Schwerpunkt auf unsere bayerischen Kommunen legt; das heißt, unser Staatshaushalt legt natürlich auch auf den kommunalen Finanzausgleich einen Schwerpunkt. Auch hierzu möchte ich einige Ausführungen machen. Unsere bayerischen Kommunen befinden sich dadurch in einer guten finanziellen Situation. Der kommunale Finanzausgleich steigt, wie Sie wissen, auch im Jahr 2021 auf eine Rekordhöhe, nämlich auf 10,36 Milliarden Euro. Das betone ich ausdrücklich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind immerhin 71 Millionen Euro mehr als im Jahr 2020, zumal in einer Krisenzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich muss man sich auch fragen, warum wir dies tun können. – Wir können dies tun, weil wir seit Jahrzehnten eine seriöse und verantwortungsvolle Finanzpolitik hier bei uns im Freistaat Bayern betreiben. Deshalb auch ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister für diese wirklich seriöse und verantwortungsvolle Politik, die hier gemacht wird. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, ich habe mir die Ausführungen angehört und muss sagen, dass Sie immer alles so negativ darstellen. Man muss auch darauf hinweisen – das ist auch von Herrn Füracker erwähnt worden –, dass Bayern als einziges Bundesland Deutschlands einen AAA-Status bei der Bonitätseinstufung der Ratingagenturen bekommen

hat. Frau Kollegin Ebner-Steiner, Sie müssten wissen, dass Bayern mit Abstand die besten Finanzen in ganz Deutschland hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss aber auch wissen, dass dem Freistaat Bayern im Jahr 2020 3,5 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen zufließen; im Jahr 2021 werden es voraussichtlich 3,7 Milliarden Euro weniger sein. Ich betone ausdrücklich, dass der Staat diesen Rückgang nicht an die Kommunen weitergibt, ganz im Gegenteil. Das ist sehr bemerkenswert. Im Jahr 2020 hat der Freistaat die Kommunen massiv über den kommunalen Finanzausgleich hinaus bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch zu den bisherigen Maßnahmen, insbesondere zur Finanzierung der Kommunen, ein paar Worte sagen. Der Freistaat Bayern steht immer verlässlich an der Seite der Kommunen, gerade in diesen schwierigen Zeiten. In diesem Punkt werden Sie mir sicherlich zustimmen. Die Auszahlungszeitpunkte für die pauschalen Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich wurden vorgezogen. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis. Das verschafft den Kommunen eine Liquidität in Höhe von drei Milliarden Euro, was auch für uns als Kommunalpolitiker ganz wichtig ist.

Zudem hat der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes mit Landesmitteln auf insgesamt vier Milliarden Euro verdoppelt. Ich wiederhole: Er hat es auf vier Milliarden Euro verdoppelt. Die Kommunen profitieren vor allem vom pauschalen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle; allein im Jahr 2020 fließen ihnen daraus 2,4 Milliarden Euro zu. Hinzu kommt der Rettungsschirm für den ÖPNV mit etwa 255 Millionen Euro. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Kollege Güller hat das bereits vorhin angesprochen.

Die Erstattung nicht erhobener Elternbeiträge bei der Kindertagesbetreuung beläuft sich auf 200 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen, die bayerischen Kommunen sind nicht zuletzt aufgrund dieser zügigen und frühzeitigen staatlichen Maßnah-

men handlungsfähig geblieben und können weiterhin wichtige investive Ausgaben tätigen. Natürlich ist uns auch klar, dass 2021 und die kommenden Jahre trotz aller staatlichen Unterstützung für die Kommunen schwierige Jahre werden. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, meine Damen und Herren.

Ich möchte eine Aussage meines Kollegen Bernhard Pohl aufgreifen, der im Haushaltsausschuss immer gesagt hat, der Freistaat Bayern sei keine beitragsfreie Haftpflichtversicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine wahre und gute Aussage. Dies heißt konkret, dass auch unsere staatlichen finanziellen Mittel nicht unendlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein ganz besonderer Dank gilt der Staatsregierung und natürlich auch den Regierungsfractionen, die sich bereits frühzeitig im Herbst dafür eingesetzt haben, dass der Bund die Kommunen auch im Jahr 2021 unterstützt. Der Bundesrat hat diese bayerische Forderung im November in einer Entscheidung zum Bundeshaushalt aufgegriffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch ein Wort zum Thema Schlüsselzuweisungen sagen. Als Kommunalpolitiker wissen Sie alle, dass die Schlüsselzuweisungen der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs sind; sie machen über 38 % des Gesamtvolumens aus. Gegenüber dem Jahr 2020 gehen sie leicht um 3 % auf 3,93 Milliarden Euro zurück. Der entscheidende Punkt ist aber, dass sie damit immer noch über dem hohen Niveau des Jahres 2019 liegen.

Gerade unseren kommunalen Spitzenverbänden war es besonders wichtig, die Schlüsselzuweisungen auf hohem Niveau zu halten. Das wissen Sie alle. Das stabilisiert auch die Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Freistaat ermöglicht dies durch Verzicht auf die sachlich an sich gerechtfertigte Ausklammerung bestimmter Umsatzsteuerbeträge in Höhe von fast 60 Millionen Euro. Diese zusätzlichen Mittel fließen in die Schlüsselzuweisungen. Sie sorgen für Stabilität und auch für Kontinuität in den kommunalen Haushalten.

Ich möchte ganz kurz noch ein paar Ausführungen zu den Investitionen unserer Kommunen machen. Der kommunale Finanzausgleich setzt natürlich einen Schwerpunkt bei den investiven Ausgaben. Die Staatsregierung setzt damit ihren Kurs fort, kommende Investitionen zu stärken. Sie wissen, dass die Investitionsquote der Kommunen von 20,5 % im Jahr 2016 auf zuletzt 24,3 % im Jahr 2019 gestiegen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist gut so. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist die Investitionsquote bei den Kommunen um 3,8 % gestiegen. Dieser Kurs zahlt sich aus.

Als Vertreter des ländlichen Raums möchte ich das Thema "Stärkung des ländlichen Raums" ansprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tun sehr viel, gerade im Bereich der RZWas, was ich persönlich sehr begrüße. Die Mittel zur Förderung von Abwasseranlagen werden in Härtefällen um 20 Millionen Euro auf 90 Millionen Euro erhöht; das ist immerhin eine Steigerung um 28,5 %. Das ist gut für unseren ländlichen Raum. Gleichzeitig wird die bisherige Betragsgrenze für Wasserversorgungsanlagen von 20 Millionen Euro auf einen Prozentsatz von 40 % umgestellt. Damit stehen im Jahr 2021 bis zu 36,1 Millionen Euro für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen zur Verfügung. Das ist gut für unseren ländlichen Raum.

Im Bereich der Straßenausbaupauschale stehen einmalig zusätzliche Mittel von 50 Millionen Euro des Innenministeriums zur Verfügung; das sind insgesamt 135 Millionen Euro.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt, dem kommunalen Straßenbau und -unterhalt. Dafür stehen insgesamt über 750 Millionen Euro bereit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein wichtiger Punkt, den wir auch in unserer Fraktion immer wieder diskutieren. Man muss wissen, dass das das Doppelte dessen ist, was wir für Staatsstraßen in die Hand nehmen. Deswegen haben wir dieses Thema schon sehr stark in unserer Fraktion diskutiert. Da bin auch ich Teil der Speerspitze, um möglicherweise noch etwas mehr für unsere Staatsstraßen zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 BayFAG steigen um 50 Millionen Euro bzw. um 8,3 % auf 650 Millionen Euro. Damit wird natürlich unter anderem der wichtige Bau von Schulen und Kitas gefördert. Der garantierte Betreuungsplatz für Kinder bis zum Schuleintritt, der Beitragszuschuss für alle drei Kindergartenjahre und das Bayerische Krippengeld fordern Staat und Kommunen gleichermaßen heraus. Da sind wir uns alle einig. Ich verweise an dieser Stelle auf die Ausführungen des Herrn Ministers Füracker und des Kollegen Zellmeier zur Frage, wie sich der Freistaat Bayern in diesem Bereich einbringt. Die Investitionspauschalen bleiben auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro. Wie Sie alle wissen, können die Kommunen darüber frei verfügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen sind für etwas schwächere Kommunen ein wichtiger Punkt. Sie bleiben bei 120 Millionen Euro. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Davon werden zehn Millionen Euro für Kur- und Fremdenverkehrsorte verwendet. Diese haben unter der Corona-Pandemie besonders gelitten.

So viel in aller Kürze von meiner Seite, einige Ausführungen zum kommunalen Finanzausgleich. Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Staatsregierung, bei Herrn Finanzminister Albert Füracker, aber auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für die guten Beratungen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Pargent, Sie haben das Wort.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister! Wir beraten nun endlich den Haushalt und – ganz wichtig, gerade für unsere Kommunen – das Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2021, in dem wir dank Impfstoffen einen wirtschaftlichen "Restart" in Bayern er-

hoffen. Auch wenn ich ungern reinen Wachstumszahlen hinterherlaufen möchte, stellt sich die Frage: Bietet dieser Haushaltsentwurf die Grundlage für wirtschaftliche Erholung? Können dieser Haushalt und das FAG das Rückgrat für einen Aufschwung in unserem Land sein?

Wenn man eine Zukunftsfrage beantworten will, hilft manchmal auch der Blick zurück, in diesem Fall exakt zehn Jahre zurück; denn in den Konjunkturpaketen I und II im Zuge der weltweiten Finanzkrise liegt eine Art Blaupause. Bund und Länder haben damals Milliarden für Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäuser oder Städtebau bereitgestellt, mit Fokus auf der Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Der eigentliche Schlüssel lag darin, dass diese Milliarden über die Kommunen investiert wurden und damit das Wachstum der letzten Jahre getragen haben. Der Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung waren also auch die Infrastrukturinvestitionen in den Kommunen. Wir stehen dazu, gegebenenfalls über die Rücklage Investitionen zu finanzieren.

Aber wie ist die Lage in den Kommunen? – Steuerausfälle, gerade bei der Gewerbesteuer, dankenswerterweise 2020 sauber ausgeglichen von Bund und Ländern. Das möchte ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Dass wir aber im Jahr 2021 wieder zum gleichen Niveau wie in 2019 zurückkehren, kann ich noch nicht ganz glauben, weil wir vor allem im ersten Quartal des nächsten Jahres noch ganz stark mit der Pandemie zu kämpfen haben werden.

Noch schlimmer als die Steuerausfälle sind in vielen Bereichen Einnahmeausfälle, zum Beispiel bei den eigenen Einrichtungen und Betrieben. Bei den Kommunen sind zweifelsohne Mehrkosten zur Bewältigung der Corona-Pandemie entstanden, die nicht vollständig, zum Beispiel wegen der Ausrufung des Katastrophenfalls, getragen werden können. Somit ist glasklar: Viele Kommunen, zum Beispiel in Oberfranken, wo ich herkomme, sind kaum in der Lage, noch stärker in ihre Infrastruktur zu investieren und damit dem lokalen Handwerk die Bücher zu füllen. Unsere Städte und Gemeinden, un-

sere Landkreise und unsere Bezirke brauchen, wenn es nach uns GRÜNEN geht, ein deutliches Signal und eine klare finanzielle Perspektive für das Jahr 2021.

Was legen Sie jetzt mit dem Haushalt vor? – Sie nennen es eine Stabilisierung der FAG-Mittel. So kann man es auch nennen. Ich würde es eher ein "Weiter-so" bei den FAG-Mitteln nennen. Die kleine Steigerung bei Kitas und Schulen möchte ich zwar nicht unter den Tisch fallen lassen, aber mit einem starken Impuls hat das aus meiner Sicht wenig zu tun; denn der Fördersatz bleibt der gleiche. Außerdem ist kein Ausgleich bei der Gewerbesteuer für 2021 geplant. Hier rufen Sie, Herr Finanzminister, gerne nach dem Bund. Das finde ich richtig. Eigentlich sind die Länder zuständig. Wenn wir zu einer ähnlichen Kofinanzierung wie in diesem Jahr kommen wollen, fehlt der bayerische Eigenanteil für den Gewerbesteuerausgleich in diesem Haushalt vollständig. Die Hängepartie für unsere Gemeinden und Städte geht im Jahr 2021 erst so richtig los.

Apropos Hängepartie: Die hohen Kosten zur Bewältigung der Pandemie treffen auch unsere Bezirke, aber hier gibt es ebenfalls keine Spur einer neuen Unterstützung im Haushalt in den nächsten Jahren.

(Zuruf)

– 15 Millionen, ich kenne die Zahl. – Aber machen wir uns nichts vor: Wenn wir den Haushalt der Bezirke betrachten, ist diese Summe fast schon in Stunden, nicht Tagen, wieder verbraucht. Ich nenne als Beispiel den Bezirk Oberbayern.

Weil das alles noch nicht reicht, verwehren Sie den Kommunen eine kleine, aber feine zusätzliche Einnahmequelle, auch wenn diese erst ab dem Jahr 2025 greifen würde: Sie streichen den Kommunen die Grundsteuer C ersatzlos. Hierzu kann ich mich nur dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Herrn Brandl, anschließen: Das ist eine Kriegserklärung an unsere Kommunen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

– Ich habe nur Herrn Kollegen Brandl zitiert.

(Zuruf: Haben Sie schon einmal einen Krieg erlebt?)

Für die Kommunen ist dieser Haushalt also ein "Weiter-so"-Haushalt. Ich finde, es ist auch ein "Weiter-so"-FAG. Neue Impulse für einen wirtschaftlichen "Restart" auf der kommunalen Ebene suche ich im FAG noch vergeblich. Gerade die kommunalen Investitionen im Klimaschutz oder in der Verkehrswende wären doch so wichtig. Getreu dem Motto "Fight every Crisis" können wir auf diesem Weg mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowieso, die schwierige Lage in den Haushalten unserer Städte und Gemeinden und – ganz wichtig – die Klimakrise. Davon ist mir in der heutigen Debatte zu wenig gesprochen worden. All diese Dinge sind auf einen Streich möglich, wenn wir die Kommunen bei Investitionen, bei der energetischen Sanierung und der Verkehrswende noch stärker unterstützen. Dafür fehlt scheinbar etwas der Mut. Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir einige Ihrer alten Wahlgeschenke hinterfragen und dann die richtigen Änderungsanträge stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Ferdinand Mang (AfD):** Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den Haushaltsplan für das Jahr 2021. Der Haushaltsplan umfasst diesmal 5.206 Seiten. Diese 5.206 Seiten wurden uns vor nicht einmal fünf Tagen zur Verfügung gestellt. Diese Verzögerungstaktik ist uns wohlbekannt, und wir haben diese Herausforderung gerne angenommen.

Zunächst einmal zu den großen Zahlen. Die Einnahmen des Freistaats liegen bei knapp 58 Milliarden Euro. Die Ausgaben liegen bei über 70 Milliarden Euro. Das ergibt

ein Defizit von 12 Milliarden Euro. Das Defizit beruht darauf, dass die Regierung trotz sinkender Steuereinnahmen an den Ausgaben der Rekordjahre festhält und keine Einsparungen vornimmt. Das Defizit soll durch Schulden und Rücklagen ausgeglichen werden. In diesen Zeiten, in denen sich der Bürger in Kurzarbeit befindet und der mittelständische Unternehmer nicht mehr weiß, wie er sich im nächsten Monat über Wasser halten soll, gibt die Staatsregierung weiterhin Geld für wirtschaftlich nutzlose rot-grüne Projekte aus.

(Zuruf)

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, wir sollen auch mal ein praktisches Beispiel bringen. Die Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden kann man zum Beispiel streichen; denn diese sind ökonomisch absolut sinnlos und kosten unnötige Steuergelder.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden aber noch weitere Beispiele bringen.

Nicht nur diese planwirtschaftliche Sturheit der Staatsregierung – man nennt sie Planungssicherheit, wie wir heute erfahren haben –, sondern auch die juristischen Konstruktionen der Regierung lassen staunen. Nehmen wir zum Beispiel die Testzentren, die monatlich mit 100 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die Bayerische Verfassung lässt eine Neuverschuldung in Notlagen freilich zu – vorausgesetzt, die Voraussetzungen dafür liegen vor. Aber schon für die ersten Verpflichtungsermächtigungen haben Sie sich die Voraussetzungen zurechtgezimmert. Obwohl diese Kosten der Regierung lange bekannt gewesen sein mussten, hat der Söder'sche Ministerrat wegen Zeitnot plötzlich höchst selbst Ausgaben hierzu in Höhe von 400 Millionen bewilligt, ohne das Parlament zu beteiligen. Man lässt eine Sache schleifen, und dann muss der Retter Söder schnell handeln. Da ist freilich keine Zeit mehr, das Parlament zu befragen. Der Haushaltsausschuss wurde gerade noch um – ich zitiere – "zustimmende Kenntnisnahme" gebeten. Wir von der AfD haben als einzige Fraktion im Landtag diese Zu-

stimmung verweigert, weil diese Ausgaben, wie dargelegt, weder unvorhersehbar waren noch hierzu ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Denn, meine Damen und Herren Kollegen, diese Testzentren stehen durchaus im Verdacht, völlig nutzlos zu sein. In diesen Testzentren werden die berüchtigten PCR-Testungen durchgeführt.

Was ist ein PCR-Test? – Ein PCR-Test beginnt mit der Quälerei des Bürgers, egal wie klein, in dem man ihm einen über 15 cm langen Teststab tief in die Nase steckt. Dieser Abstrich wird dann in diesen Testzentren dem sogenannten Ct-Verfahren unterzogen. Bei dem Ct-Verfahren werden Virusbestandteile vervielfältigt, damit diese positiv nachgewiesen werden können. Jetzt kommt der Knackpunkt: Die Wissenschaft streitet, ab wie vielen Vervielfältigungszyklen eine Probe noch als positiv gewertet werden kann. Braucht es zum Beispiel fünf Zyklen, bis die Probe positiv ist, dann besteht bei der Person eine hohe Virenkonzentration. Wird die Probe aber erst ab dem 40. Zyklus positiv, liegt eine so minimale Viruskonzentration vor, dass wohl keine Ansteckungsgefahr gegeben ist. Richtlinien gibt es dafür nicht.

Leider werden den Gesundheitsämtern diese Ct-Werte nicht übermittelt. Das heißt, die gemeldeten Infektionszahlen geben wohl keine wirkliche Auskunft über das tatsächliche Ausmaß der Pandemie.

(Unruhe)

Das ist aber nicht der einzige Kritikpunkt an den PCR-Tests. Wissenschaftler kritisieren darüber hinaus den zu großen Unterschied zwischen der Annealing-Temperatur und dass der Test nicht zwischen dem ganzen Virus und den Virus-Fragmenten unterscheiden kann, spezifische Primervarianten und zu hohe Primerkonzentrationen. Das sind Sachargumente, zu denen ich gerne einmal Gegenargumente hören würde.

(Unruhe)

Zu diesen Kritikern zählen zum Beispiel die Würzburger Professorin Kämmerer und viele andere.

Wenn die Regierung Söder also jeden Monat 100 Millionen Euro in diese Testzentren investiert, dann sollte man sich doch bitte auch die wissenschaftlichen Gegenargumente anhören.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Aber dazu ist man in diesem Hause grundsätzlich nicht bereit. Dafür hat schon letztes Jahr die hier heiß gelaufene Klimahysterie ein trauriges Beispiel abgelegt.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Kritikpunkt, inwieweit die Regierung Söder sich das Recht zurechtbiegt, ist die Finanzierung der Ausgaben mit Mitteln aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Der Kollege Kaltenhauser hat in seiner Zwischenbemerkung dazu schon vorgelegt.

Dieser Fonds soll ausschließlich zur Finanzierung Corona-bedingter Ausgaben dienen. Nun soll mit diesem Fonds Söders Prestigeprojekt, die Hightech Agenda, nicht nur weiter finanziert, sondern um 400 Millionen Euro erhöht werden.

(Unruhe)

Ich sage es Ihnen erneut: Die Zukunft liegt nicht im Dienst am Rechner, sondern im Dienst am Menschen. Wenn Sie schon in die Zukunft investieren wollen, dann bitte nicht als überflüssiges Add-on des Silicon Valley, sondern investieren Sie in Ihre Mitmenschen, deren Wohl Ihnen angeblich so am Herzen liegt, in die älteren Menschen. Investieren Sie Geld in die Altersforschung. Niemand wird erwarten, dass die Medizin in Ihrer Regierungsperiode den Jungbrunnen entdecken wird, aber es könnte der erste Spatenstich sein.

Sie denken nur daran, womit Sie bei der nächsten Wahl am besten glänzen können, wie hohl das glänzende Standbild auch sein mag. Wir hingegen, wir denken an unsere Kinder.

(Unruhe)

Für Ihre Test- und Impfstrategie geben Sie gerundet 3,1 Milliarden Euro aus, also ein Viertel des Defizits, weil Sie nicht in der Lage sind zu sparen und stur eine absurde Teststrategie fahren. Diese Strategie ist kolossal gescheitert und mündet nun in den nächsten Volllockdown. Sie machen unsere Wirtschaft platt, sperren wieder Millionen Menschen zu Hause ein und quälen unsere Kinder mit Stillsitzen in der winterlichen Kälte, Atemnot und Kopfschmerzen durch Zwangsmaske.

(Beifall bei der AfD)

Ja, darüber können Sie lachend den Kopf schütteln. Sie sitzen hier nämlich im Warmen.

Wie wäre es mal mit einer alternativen Strategie, mit dem Schutz der Risikogruppen und vulnerablen Personen und damit, den Rest der Bevölkerung in Frieden leben zu lassen?

(Zuruf: Es geht doch um den Haushalt!)

Gut. – Kommen wir zum Sahnehäubchen: Das Budget des Präsidiums für repräsentative Anlässe und Begegnungen wurde ordentlich aufgestockt. Zur Erinnerung: Das Präsidium ist dieses Jahr damit aufgefallen, dass es ohne Rechtsgrundlage Gelder einfach verschenkt hat, um sich im Lichte als Gönner vom Bayerischen Rundfunk preisen zu lassen. Vor allem, wenn es sich bei den Beschenkten um eine Initiative des Bayerischen Rundfunks selbst handelt, da können sich Präsidenten und BR vor lauter Gutmenschlichkeit gar nicht genug gegenseitig auf die Schulter klopfen. Darum haben Sie sich dieses Budget auch noch mal ordentlich erhöht und zumindest jetzt auf legale Grundlage gestellt, was es aber nicht weniger heuchlerisch macht.

Damit meine ich jetzt nicht, dass Sie den Steuerzahler, der für Ihre Geschenke aufkommen muss, nun zu Hause vor dem Fernseher einsperren und diesen zugleich als Zwangsgebührenzahler dieses Spektakel quasi vollfinanzieren lassen. Nein, das ist

einfach nur dreist von Ihnen. Heuchlerisch ist, dass Sie vorgeben, den Landtag zu repräsentieren. Dass aber das Präsidium nicht ordnungsgemäß besetzt ist, da ein Vertreter der AfD-Fraktion fehlt, verschweigen die feinen Herren Demokraten, wie Sie sich so gerne selbst bezeichnen. Das ist Heuchelei!

(Beifall bei der AfD)

Wir werden in den Haushaltsdebatten wieder viele Änderungsanträge einbringen, die Sie natürlich wieder geschlossen, über alle Fraktionen hinweg, ablehnen werden. Ich freue mich aber trotzdem darauf, wieder Ihre Begründungen zu hören. Und keine Sorge: Der Dual Fluid Reaktor ist noch nicht vom Tisch.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion. Herr Weidenbusch, Sie haben das Wort.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind als Bayerischer Landtag erstmals seit Langem in der Haushaltsberatung in einer Situation, die unangenehm ist. Wir hatten all die Jahre doch erhebliche Finanzmittel zur Verfügung. Da ging es um die Frage, wie wir die verteilen. Jetzt sind wir erstmals in der Situation eines normalen Arbeitnehmerhaushaltes, der im kommenden Jahr vielleicht sogar Arbeitslosigkeit befürchten muss.

Deshalb müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir das in Zukunft alles finanzieren, und das in einer Gesamtsituation, die schwer abzuschätzen ist, weil man nicht wirklich weiß: Habe ich nächstes Jahr Einnahmen? In welchem Umfang habe ich Einnahmen? Welche Ausgaben kommen auf mich zu, die ich bisher noch gar nicht kenne?

Ich fange jetzt mal mit der SPD-Fraktion an. Die Anmerkungen, was die Aufgabenstellung für diesen Haushalt ist, teile ich vollkommen, zwar 1A subsumiert. Leider muss ich aber sagen – das hat Franz Josef Strauß schon gesagt –, dass eher der Hund einen Wurstvorrat anlegt als der Sozialist eine Rücklage. Harald, was auch ein Hund nicht schafft, ist, eine Wurst zu fressen, die nicht da ist.

(Heiterkeit)

Deswegen sage ich: Gut analysiert, aber macht bitte eure Hausaufgabe und setzt auch Prioritäten! Das heißt auch, dass man sagen muss, wofür man kein Geld ausgibt. Das ist unangenehm, aber es gehört gemacht.

Spannend fand ich den Beitrag von den GRÜNEN. Wir diskutieren über die Frage, was sich eine Familie im nächsten Jahr noch leisten kann, wie lange Papa und Mama noch Arbeit haben. Die GRÜNEN beschwerten sich, dass die Playstation nicht lieferbar ist.

(Heiterkeit)

Sie würden Ihre Programme gerne hier platzieren, unabhängig von dem, um was es geht. Offenbar gibt es eine Stichwortliste, die jeder Redner zum Haushalt bekommt; die muss er hier runterbeten, ob es passt oder nicht. Ich sitze das 17. Mal da, und ich höre zum 17. Mal dasselbe. Mir tun die Kollegen leid, die schon so lange da sind, denn denen geht es ganz genauso.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Weitere Zurufe)

– Der Volkmar hat sich aus dem Haushaltsausschuss verabschiedet. Er teilt nicht das Schicksal von Harald, der es sich zweimal anhören muss.

(Unruhe)

Dann hatten wir einen Wortbeitrag, in dem sich jemand selbst zur "Stimme des ungeborenen Lebens" erklärt hat. Das war wohl ein Druckfehler. Es hieß, glaube ich, "Stimme des ungezogenen Lümmels".

(Heiterkeit)

So hat es sich jedenfalls für mich angehört. Die Fragestellung lautet: Was tue ich, wenn es den Job, den ich mache, absehbar nicht mehr gibt, weil ihn die Gesellschaft nicht mehr braucht, weil ihn der Arbeitsmarkt nicht mehr bietet? – Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als ein neues Betätigungsfeld zu suchen, umzuschulen oder eine Firma zu gründen – und genau das tun wir. Das ist der Grund, warum die Erweiterung der Mittel für die Hightech Agenda selbstverständlich in Kapitel 13 19 gehört. Die Überwindung der Probleme, die diese Pandemie für uns bedeutet, bedeutet natürlich auch, dass ich Betätigungsmöglichkeiten für die Zukunft schaffen muss, dass ich für die Bereiche, die es nicht mehr geben wird, einen Ersatz finde. So etwas geht nicht von selbst, sondern dazu muss ich mir die besten Leute holen, damit sie dies konzipieren. Da wir in Bayern nicht davon leben, dass wir die Arbeitskraft am billigsten und am meisten anbieten können, sondern da bei uns der Rohstoff Geist dominierend für die Wertschöpfung ist, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als – –

(Zuruf)

– War das ein Zwischenruf? Es tut mir leid, beim Rohstoff Geist habe ich nicht gleich dort hinübergeschaut.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber wenn wir schon den Rohstoff Geist fördern wollen, dann wende ich mich jetzt Ihnen zu. Es ist so, dass natürlich die Lösung auch in der Künstlichen Intelligenz besteht.

(Zurufe und vereinzelter Beifall)

– Ich weiß, dass Sie das nicht so mögen; aber es ist trotzdem die Lösung, und da sind wir auch tätig.

Natürlich ist es so, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass wir in die Elektrotechnik investieren müssen, dass wir die besten Leute, die es in diesem Bereich gibt, hierherholen müssen. Wir haben entsprechende Hochleistungsrechner in Garching im Leibniz-Rechenzentrum, mittlerweile in der dritten Generation, damit wir das bewältigen können. Wir haben in Weilheim, in Garmisch, in München und in Ingolstadt entsprechende Einrichtungen und Professoren, und wir werden dies weiterführen müssen. Unsere Zukunft liegt darin, dass wir uns Betätigungsfelder suchen, bei denen wir einen Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt haben, der es sehr viel leichter hat, weil er die Probleme auf einem viel niedrigeren Lohnniveau lösen muss. Wenn die Stunde 80 Cent kostet, wie in Südostasien, dann kann ich leicht switchen. Bei uns kostet die Stunde viel mehr, und wenn ein Arbeitsplatz bei uns wegfällt, und sei es auch nur bei einem Automobilhersteller oder einem Zulieferer, dann kann ich ihn nicht mit irgendetwas ersetzen, sondern ich brauche wieder einen Arbeitsplatz, der aufgrund der hohen Qualifikation auch entsprechend hoch bezahlt ist. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen, und daran arbeiten wir.

Jetzt fallen mir die zwei Wortmeldungen von Herrn Pargent und Herrn Mang ein. Dazu muss ich sagen – ich habe nur noch 16 Sekunden, aber es ist nicht so schlimm –: Dazu wüsste ich nichts zu sagen. Es hat geheißen: Du bist der Ausputzer, du musst etwas zu essenziellen Bemerkungen der Opposition sagen. Viel, glaube ich, ist nicht mehr übrig.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Herr Kollege Weidenbusch, es ist erst mal natürlich sehr nett, dass Sie bei "Intelligenz" in meine Richtung schauen und das sozusagen in den Mittelpunkt gestellt haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Sie haben auch von Professoren gesprochen. Aber ich möchte einmal auf die Intelligenz abstellen. Wir haben ein weites Feld aufgemacht, wir sind nicht nur fiskalisch unterwegs. Aber das, was Sie tun, hat auch Konsequenzen für unseren Staatshaushalt.

Ich möchte einmal die Intelligenz zweier Regierungsmaßnahmen in den Vordergrund stellen und Sie befragen: Wie intelligent ist es denn, wenn man Infektionen [sic] schützen möchte, und dann schließt man einfach mal die Skisaison, die Skigebiete und die Menschen dürfen selbst draußen, an der freien Luft – vielleicht sind sie auch allein –, nicht mehr miteinander in Kontakt kommen.

Das Gleiche gilt übrigens – darin sind Sie vielleicht auch ein Fachmann – für Drückjagden, also, dass die Menschen irgendwo im Wald nicht mehr allein oder vielleicht mit gebührendem Abstand herumlaufen können. Das alles, Ihre Maßnahmen, hat Konsequenzen, auch auf die Finanzen; und ich möchte Sie zur Intelligenz dieser Maßnahmen befragen.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Ich bedanke mich für die Frage. Sie meinten natürlich nicht "Infektionen schützen", sondern "vor Infektionen schützen"; nicht dass ich die Frage missverstanden habe. Aber der sicherste Schutz vor Infektionen ist natürlich das Unterbleiben jeglicher Kontakte. Wenn Sie sich in der Geschichte der Menschheit umschauen, so sind die wesentlichen Erkrankungen, die solche Übertragungswege hatten, immer dadurch und am Schluss erfolgreich bekämpft worden, dass die Menschen das Haus nicht mehr verlassen haben, weil sie zu Hause nur sich selbst hätten anstecken können, aber niemand anderen und auch von niemand anderem angesteckt werden konnten.

Insofern ist das nicht nur intelligent, sondern auch aus der Vergangenheit gelernt. Es betrifft Pest, Cholera und weitere Krankheiten. Lesen Sie das gern nach! Am Ende sind sie deshalb untergegangen, weil die Menschen keinen Kontakt mehr hatten. Bei der Drückjagd gilt natürlich dasselbe. Versuchen Sie einmal, eine 125-kg-Sau allein zu bergen. Da sind Sie beschäftigt. Wenn Sie wollen, lade ich Sie ein. Ich kann Ihnen auch so eine große Sau vermitteln, kein Thema.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Weidenbusch.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Das war es? – Danke schön.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, das Wort.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

– Er verzichtet darauf. – Vielen Dank, Herr Staatsminister.

(Zuruf und Heiterkeit)

Dann gebe ich bekannt, dass die beiden Gesetzentwürfe nach § 148 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen werden. Ich denke, da gibt es noch viele Gelegenheiten, sowohl für die Haushälterinnen und Haushälter als auch für den Finanzminister, über diesen Haushalt zu sprechen. Wir werden ihn auch hier nochmals beraten und beschließen. Damit ist die Überweisung so beschlossen.